Mittwoch, 5. März 1924. **Einzelnummer 250000 Mark.** **63. Jahrgang. Nr. 54.**

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsst. 6 700 000
bei den Ausgabest. 7 000 000
durch Zeitungsb. 7 300 000
durch Post . . . 7 486 000
einschl. Postgebühren
ins Ausland 11 000 000 v. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 100 000 M. Reklameteil 250 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 100 000 M. „ *) Reklameteil 250 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Politik der Woche.

Hitler, Ludendorff, Kahr. — Aussprache im Reichstag. — Völkerbund und Deutschland. — Militärkontrolle und Mac Donald. — Briand, Henderson, Lloyd George.

In München: der Führer der Nationalsozialisten Hitler und der General Ludendorff unter der Beschuldigung des Hochverrats auf der Anklagebank. In Berlin: große politische Aussprache im Reichstag. Ein Berliner Blatt hob hervor, daß es nicht gerade für die „politische Begabung der Deutschen spräche, wenn sie sich mehr für den Münchener Prozeß als die Berliner Reichstagsverhandlungen interessierten. Aber: ist's ein Wunder, daß solches der Fall ist! Was in München zur Debatte steht, das ist, ganz abgesehen von dem Wohl und Wehe der einzelnen Persönlichkeiten des Prozesses, eine immerhin entscheidende Phase in der inneren deutschen Entwicklung seit 1918, ist der Ausklang eines mit völlig unzureichenden Mitteln unternommenen Versuches, den nationalvölkischen Gedanken als ausschlaggebenden Machtfaktor in den Sattel zu heben. Es ist müßig, darüber nachzusinnen, ob Hochverrat immer verboten oder „unter Umständen“ erlaubt ist. Von minderer Bedeutung, politisch gesehen, ist auch, ob der ehemalige Generalstaatskommissar von Kahr ebenso auf die Anklagebank gehört, wie Hitler und Ludendorff; das mag der Verlauf des Prozesses beweisen. Das brennende Interesse aber, das die deutsche Öffentlichkeit an den Münchener Verhandlungen nimmt, ist, daß sich in den Männern des neuen November doch ein Wille zu nationaler Tat kundgab, den zu erhalten und in die richtige Bahn zu lenken notwendige Voraussetzung für jede deutsche Zukunft ist. Eine Revolution erweist ihre Berechtigung lediglich im Erfolg. Aber auch ein mißglückter Umsturz hat das Gute, die innerpolitische Kräfteverteilung eines Landes schlagartig zu verdeutlichen. Das Novemberunternehmen Hitler-Ludendorffs bewies, daß die nationale Bewegung in Deutschland und insbesondere deren Führung noch keineswegs zu jener Einheitlichkeit gekommen ist, die erst den Grundfaktor zu innen- und außenpolitischer Staatsleitung bildet. Glühende Vaterlandsliebe allein genügt nicht. Erst wenn eine Idee im gesamten Volke wurzelt, gibt sie dem Führer die tatsächliche Macht und die Möglichkeit, diese zu nutzen. Das haben die Männer in München verhängnisvoll übersehen.

Die „große Aussprache“ im Reichstag unterschied sich in nichts von den vielen, vielen Debatten dieses Hauses, sofern man nicht die Temperamentsverschiedenheiten der augenblicklichen Leiter des Reiches mit denen der früheren zum Vergleich heranziehen mag. Die Parteiführer sagten mehr oder minder ausführlich ihr Sprüchlein her: man spürte, sie alle standen unter dem Eindruck der kommenden Wahlen, von denen ihr eigenes Leben so abhängig ist. Der augenblickliche Reichstag liegt im Sterben; noch niemals war er des Sterbens so wert. Und es ist anzunehmen, daß seine Zusammensetzung nach den Wahlen ein gründlich verändertes Gesicht zeigt. Eine deutsche Hoffnung würde dadurch erfüllt werden; denn die bisherige Koalitionswirtschaft war in allem regierungsunfähig, auch eine Tatsache, auf der die „verschleierte Diktatur“ der letzten Zeit beruhte. Daß einige Parteien die Wahlen noch gern bis zum Herbst hinausschieben möchten, mag in ihrem eigenen Interesse nützlich sein, sie fürchten die Quittung, die ihnen in den neuen Wahlen für ihre bisherige Tätigkeit ausgestellt werden wird.

Mit vorsichtiger Zurückhaltung hat der Außenminister Stresemann in der Aussprache die außenpolitische Lage dargelegt. Man kann ihm in dem nur zustimmen, was er über das Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund gesagt hat. „Die Reichsregierung steht auf dem Boden der dem Völkerbund zugrundeliegenden Idee der internationalen Solidarität.“ Aber freilich: nur die Idee! Denn das Gebilde, was sich heute als Völkerbund ausgibt, hat mit dieser Idee noch nicht viel gemein. Es ist Interessenvertretung der Siegerstaaten, Instrument von Versailles, das bekanntlich in Frankreich liegt. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund steht von deutscher Seite dann in Frage, wenn die internationale Solidarität restlos gewährleistet ist.

Es ist vielleicht notwendig, daß sich ein deutscher Außenminister, um nicht von vornherein an seinem Amt zu verzweifeln, zum Optimismus bekennen muß. Nicht zuzustimmen ist aber der von Dr. Stresemann „mit Genugtuung“ geäußerten „Feststellung, daß sich in weiten Kreisen Frankreichs die Stimmung geändert hat.“ Zu erkennen ist jedenfalls eine Stimmungsänderung Frankreichs nur insoweit, als es jetzt nicht nur auf der Durchführung des Versailler Vertrages besteht, sondern die zahlreichen — milde gesagt — Übertretungen, die es sich diesem „Vertrage“ gegenüber hat zuschulden kommen lassen, zu legalisieren wünscht. Hier droht Gefahr, die von einem deutschen Außenminister schärfer hätte umrissen werden müssen.

Die Aufgabe der militärischen Kontrollkommission, welche die Abrüstung Deutschlands zu überwachen hatte, ist seit langem beendet. An ihre Stelle tritt, gemäß Artikel 213 des Versailler Vertrages, der Völkerbund, der jederzeit Untersuchungen über den deutschen Rüstungsstand vornehmen kann. Wenn nunmehr in der Note Mac Donalds die Umwandlung der gegenwärtigen Kontrollkommission in ein mit bestimmten Machtbefugnissen ausgestattetes Garantiekomitee vorgeschlagen wird, so bedeutet das nichts anderes als eine Verewigung des Rechtsbruches, der bereits durch das Weiterbestehen der bisherigen Kontrollkommission eingeleitet wurde. Diese „Umwandlung“ liegt zweifellos auf dem Wege der von Mac Donald angebahnten englisch-französischen Verständigung auf Kosten Deutschlands.

Am gleichen Tage, an dem Herr Briand in einer Rede über Frankreichs Rechte und Sicherheit die „Einigkeit unter den Alliierten“ betonte (er prophezeite darin auch ein Steigen des Franken, der inzwischen, ohne sich um Herrn Briand zu kümmern, von 101 auf 104 fiel) trat der englische Innenminister Henderson für „Revision des Versailler Diktats“ ein. Dieser vielbeachteten Rede eines englischen Sozialisten folgte in treffender Weise die „internationale“ Stellungnahme zu Versailles. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich nicht nur in Frankreich, im englischen Unterhaus erhob sich mit den Konservativen — sage und schreibe — Herr Lloyd George — derselbe Lloyd George, der in den letzten Monaten in allen Blättern der Welt gegen das von ihm selbst geschaffene Schandwerk von Versailles als den „Urgrund des europäischen Ruins“ zu Felde zog — und erklärte sich für die Schönheit seines Kindes, trotzdem es, nach seinen eigenen Worten, weder mit der Bergpredigt, noch mit den 14 Punkten Wilsons irgendwelche Aehnlichkeit hat. Mac Donald zog schleunigst die Konsequenzen und teilte mit, daß der englischen Regierung nichts ferner läge als eine „Revision“, daß die Ansicht des Herrn Henderson nicht die Ansicht des englischen Kabinetts sei.

Furcht vor Frankreich: das ist die Triebfeder der englischen Politik heute wie gestern.

Das neue Mieterschutzgesetz.

Wichtige Bestimmungen aus dem Gesetz.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

In dritter Lesung ist das Gesetz angenommen worden. Es tritt am 1. April dieses Jahres in Kraft, und da bereits in zweiter Lesung der Kommissionsentwurf mit nur wenigen Abänderungen angenommen worden ist, so kann man annehmen, daß auch der Senat das Gesetz in seiner jetzigen Fassung wohl ungeschmälert belassen wird, so daß die Möglichkeit, das Gesetz am 1. April wirksam werden zu lassen, ohne weiteres gegeben scheint.

Grundsätzlich ist in dem Gesetz das Prinzip festgehalten, daß unabhängig von den im Gesetz vorgeschriebenen Mietssätzen, auch Mieten in freier Absprache vertraglich festgelegt werden dürfen. Der Sejm hat, entgegen dem Antrage der Minderheit, dieses Prinzip festgehalten. Allerdings bezieht sich die Möglichkeit dieser freien Mietsverträge nur auf Wohnungen von über fünf Zimmern (ursprünglich nur vier Zimmern), wobei solche Räume, die zu Gewerbezwecken dienen, nicht als Zimmer gerechnet werden. Dieser freiwillige Mietsvertrag muß mindestens auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen sein.

Ferner ist Artikel 31 hervorzuheben. Er lautet: Das Gesetz ist nicht verpflichtend für die Wojewodschaft Schlesien.

Es fallen nicht unter die Gesetzesverpflichtungen folgende Räumlichkeiten: Alle im Gebiet der Bahnen gelegenen Regierungsbauten und Bauten, die Eigentum von Privateisenbahngesellschaften sind und die zur Unterbringung von Arbeitern dienen. Alle Regierungsbauten und Privatbauten, die für Militärzwecke dienen, selbst wenn die darin untergebrachten Personen Zivilisten, aber für das Militär tätig sind. Unterrichtsgebäude, die Eigentum der Regierung sind, auch wenn sie vom Staat an polnische Privatunterrichtsinstitute verpachtet werden. Dann die Häuser im ehemaligen russischen und preußischen Teilgebiet, die nicht vor 1919 bzw. 1917 gebaut bzw. fertiggestellt wurden. Banken und Wechselkontore, mit Ausnahme der sozialen Kreditgenossenschaften. Von Beginn des Jahres 1925 an (geplant war 1926) fallen nicht mehr unter den Mieterschutz Fabrikgebäude mit Kraftanlagen, dagegen fallen Fabrikräumlichkeiten, die mit Arbeitern betrieben werden, unter den Mieterschutz. Gärten, die zum vermieteten Objekt gehören, sind nicht geschützt.

Und nun noch eine sehr wichtige Bestimmung: Es fallen nicht unter den Mieterschutz: tageweise vermietete Räume in Hotels, Pensionen usw. (möblierte Zimmer).

Die Höhe des Mietzinses.

Als Grundlage für den Mietszins gilt der Zins, der im Juni 1914 bezahlt wurde. Falls die Räumlichkeiten damals nicht vermietet waren, stellt ein Schiedsgericht den Preis fest. Bei der nachstehenden Aufstellung ist zu bemerken, daß alle Nebenräumlichkeiten, wie Vorplatz, Veranda, Bad, Speicher, Küche, Alkoven und Dienerzimmer nicht als Wohnräume zählen. Die von der Minderheit vorgeschlagenen niedrigeren Zinssätze wurden vom Sejm nicht angenommen. Es gelten also folgende Sätze:

Die Mietzinse dürfen nicht höher sein als:

1 Zimmer-Wohnungen mit Küche oder ohne Küche 5 Prozent der Vorkriegsmiete;

2 bis 3 Zimmerwohnungen 10 Prozent der Vorkriegsmiete;

4 bis 6 Zimmerwohnungen, sowie Räume, die für Unterrichts- und Erziehungszwecke benutzt werden und eingetragen sind, 15 Prozent der Vorkriegsmiete.

Läden und Handels- und Industrieräume, wenn die Vorkriegsmiete 600 Rubel, 1200 Mark, 1500 Kronen nicht überstieg, Pensionate (möblierte Zimmer), Arbeitsräume (mit Ausnahme von Maler- und Bildhauerateliers) sowie Räume von 7 Zimmern 20 Prozent der Vorkriegsmiete;

Läden, Geschäfts-, Handels- und Industrieräume im allgemeinen, ferner Hotels 25 Prozent der Vorkriegsmiete;

Fabriken 50 Prozent der Vorkriegsmiete.

Zeitungsredaktionen und Verwaltungsräume für Zeitschriften fallen nicht unter den Begriff von Handels- und Industrieräumlichkeiten.

Die Mietssätze wachsen vom 1. Juli 1924 bis 1. Januar 1925 vierteljährlich um 4 Prozent, vom 1. Januar 1925 ab vierteljährlich um 6 Prozent. Als Grundlage für die Berechnung gilt: 100 Rubel = 266 Zloty, 100 Mark = 123 Zloty, 100 Kronen = 105 Zloty. Bis zur Einführung der Zlotywährung kann die Miete in Polenmark nach dem amtlichen Zlotykurs bezahlt werden. Die Zahlung kann in monatlichen Raten geschehen.

Die Steuern.

Es war zunächst vorgesehen, eine Steuer in Höhe von 30 Prozent des Mietszinses zu erheben. Auf Antrag der Minderheit hat man jedoch von dieser Steuer abgesehen. Es war nämlich beabsichtigt, das Erträgnis dieser Steuer zum Bau von Wohnungen zu benutzen. Aber es waren schlechte Erfahrungen mit der Verwendung derartiger Baufonds gemacht worden; auch wollte man nicht eine neue Steuer in der Form des Mieterschutzgesetzes einführen.

Abgaben für Kanal- und Wasserleitungen, oder ähnliche Anlagen, ebenso die Kosten für Treppen- und Korridorbeleuchtung, für den Stróż (Hausaufseher), wobei dessen Wohnung jedoch nicht mit in Rechnung gestellt werden darf, und ähnliche Ausgaben dürfen vom Hausbesitzer auf die Mieter verteilt werden. Wenn aber die Miete 50 Prozent des Vorkriegszinses erreicht hat, so darf der Hausbesitzer nichts mehr für Beleuchtung und Stróż in Anrechnung bringen, bei 75 Prozent auch nichts mehr für die Kanal- und Wasserleitungen. Die Kosten für Zentralheizung, Benutzung des Aufzuges usw. werden genau nach den wirklichen Kosten auf die Benutzenden verteilt.

Untervermietungen.

Hier liegen einige wichtige Beschlüsse vor, von denen wir hoffen wollen, daß sie im praktischen Leben wirklich Anwendung finden und daß es mit ihrer Hilfe möglich sein wird, den herrschenden Wohnungswucher zu bekämpfen.

Der Mieter darf seine Wohnung oder einen Teil derselben unmöbliert nur gegen einen Mietzins abgeben, der höchstens 30 Prozent höher ist als der Mietzins, den er selber bezahlt. Bei möblierten Wohnungen oder Abgabe eines Teiles derselben darf der Mietzins, der vom Untermieter gefordert wird, nur 75 Prozent höher sein als der eigene Mietzins des Mieters.

Verboten ist es, einen Inhaber einer Wohnung zum Überlassen an einen anderen Mieter mit Hilfe einer Kaufsumme oder anderen Verpflichtungen zu veranlassen, die nicht im Mietsvertrag enthalten sind. Wenn es wirklich gelänge, diesen Unfug der Kaufsummen zu bekämpfen, der in der letzten Zeit geradezu groteske Formen des Wuchers angenommen hat, so wäre den Wohnungsuchenden eine große Wohltat geschehen. Jedenfalls sollte jeder Interessent von der Existenz dieser Bestimmungen zur Wahrung seiner Interessen Kenntnis nehmen. Wer aber doch von dem Untermieter eine höhere Summe verlangt als das Gesetz für die Miete bestimmt, von dem kann der Unter- oder Nachmieter die zu viel gezahlten Beträge einschließlich Zinsen wieder zurückfordern. Die Einklagbarkeit verjährt innerhalb eines Jahres.

Kündigungen.

Außer den bereits zivilrechtlich bestehenden Kündigungsgründen werden noch folgende besondere Kündigungsgründe geschaffen:

Wenn der Mieter hintereinander zwei Mietzinsraten schuldig bleibt. Hierbei aber sind Ein- und Zweizimmer-Mieter ausgenommen, die unverschuldet arbeitslos geworden sind oder die sich in vorübergehender Not befinden. Hier kann die Exmission um sechs Monate aufgeschoben werden.

Der Wohnungsverwalter, der seine Stelle aufgibt, muß auch seine Wohnung verlassen, wenn er sie nicht schon früher, in der Eigenschaft als gewöhnlicher Mieter innehatte.

Der Mieter, der sich unanständig aufführt und hierdurch das Mißfallen der Mitmieter erregt, kann die Kündigung erhalten; ebenso der Mieter, der seine ganze Wohnung zu einem unzulässigen Preise weiter vermietet. Gibt er sie aber zu dem gesetzlichen Preise ohne Gewinn ab, so wird die Übertragung rechtsgültig.

Wenn der Mieter noch eine zweite Wohnung besitzt, so kann ihm die erste gekündigt werden; ebenso wenn Zubauten unternommen werden sollen und dazu die Wohnung des Mieters in Mitleidenschaft gezogen werden muß. Hierbei aber muß dem Mieter Ersatz für die Umzugskosten und ein weiterer Ersatz in der Höhe einer dreijährigen Miete geleistet und ihm unter Umständen eine andere entsprechende Wohnung angewiesen werden.

Bei Inkrafttreten des Gesetzes können auch alle Bewohner von Gebäuden, die Eigentum des Staates sind, ihre dreimonatige Kündigung erhalten. Auch ihnen muß eine entsprechende andere Wohnung angewiesen werden, wenn es sich nicht um Dienstwohnungen handelt.

Wenn Räumlichkeiten früher zur Unterbringung von Arbeitern eines Unternehmens gedient haben und nun ebenfalls nicht zu Wohnzwecken benutzt werden, so können sie von dem Eigentümer zurückgefordert werden, wenn er sein eigenes Unternehmen damit vergrößern will.

In Streitfällen entscheidet der Schlichtungsausschuß. Solche Schlichtungsausschüsse werden in allen Städten von über 20 000 Einwohnern errichtet. In den kleineren Städten übernimmt der Gemeinderat dieses Amt.

Alle Abmachungen mit dem Mieter oder Untermieter, die nicht in diesem Gesetz gestattet werden, sind einfach ungültig.

Unwahre Aussagen vor dem Schlichtungsausschuß werden mit einer Geldstrafe von 3 bis 600 Zloty oder Gefängnis bis zu sechs Wochen bestraft. Alle Forderungen, die diese gesetzlichen Bestimmungen übertreffen, also auch Kaufsummen für Wohnungen, ziehen die Strafen nach sich, die das Gesetz zur Bekämpfung des Kriegswuchers auferlegt.

Vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes bis zum 1. Juli 1928 darf keine Wohnung in ein Bureau, Niederlage, Kino, Vergnügungslokal, Theater, Handels- oder Industrieunternehmen usw. umge-

1 Dollar . . . . = 9 300 000 Mkp.
1 Valorisationsfrank . . = 1 800 000 Mkp.
1 Goldfrank (Złoty) . . . . = 1 798 000 Mkp.
1 Danziger Gulden . . . = 1 589 500 Mkp.
1 Goldmark . . . . = 2 215 000 Mkp.

wandelt oder umgebaut werden. Diese Vorschrift tritt aber nicht in Kraft, wenn der Hausbesitzer einen Anbau im gleichen Hause fertiggestellt und in diesem Anbau dem Mieter eine gleichwertige Wohnung zuweist.

Ausländer genießen die Wohltaten des Gesetzes nur dann, wenn die Polen in dem Heimatlande des Ausländers die gleichen Rechte in dieser Hinsicht genießen wie die eigenen Staatsbürger. In Deutschland findet keine Ausnahmebehandlung der Fremden, also auch nicht der Polen, in dieser Hinsicht statt. Also genießen die Deutschen in Polen den Schutz dieses neuen Gesetzes.

Nachtrag zum Mieterschutzgesetz.

In dritter Lesung sind noch einige Änderungen zum Gesetz beschlossen worden, deren wichtigste wir hier aufzeichnen:

Zunächst wurde für die freie Absprache bei Mietverträgen die ursprüngliche Fassung wieder hergestellt und die freie Absprache für Wohnungen bis zu 4, nicht bis zu 5 Zimmern verboten.

Dann wurden noch einige Bestimmungen zum Schutz der Untermieter in das Gesetz aufgenommen. Hiernach sind alle Bestimmungen, die im Verhältnis vom Mieter zum Vermieter gelten, auch im Verhältnis vom Untermieter zum Mieter gültig, soweit nicht hierfür ganz besondere Normen vorgesehen sind. Der Untermieter genießt also dem Mieter gegenüber die gleichen Rechte, die der Mieter dem Vermieter (Hauseigentümer) gegenüber genießt. Falls der Mieter gerichtlich exmittiert wird, so muß auch dem Untermieter sofort davon Kenntnis gegeben werden. Der Untermieter, der für die Dauer von mindestens drei Monaten gemietet hat, darf bei Erlöschen des Mietsvertrages des Mieters noch sechs Monate in der Wohnung bleiben.

Dann ist die in zweiter Lesung abgelehnte Steuer nun doch wieder eingeführt worden. Allerdings nicht mit 30, sondern mit 20 Prozent des Mietserträgnisses. Für Mietshäuser, deren Erträgnis (nach den gesetzlich festgelegten Staffeln) 25 Złoty überschreitet und die nicht für landwirtschaftliche Produktion dienen, wird also diese Steuer von 20 Prozent erhoben. Ursprünglich bestimmte das Gesetz, daß der Hausbesitzer diese Steuer auf die Mieter, nach der Höhe ihres Mietzinses verteilen konnte. Die neue Fassung enthält diese Abwälzungsklausel nicht. Der Satz von 20 Prozent gilt zunächst für das Jahr 1924. Unabhängig von diesen 20 Proz. hat der Hausbesitzer noch, wie bereits angeführt, die Steuern für Wasserleitung, Kanalisation usw. zu zahlen, die er aber auf die Mieter umlegen kann. Das Erträgnis dieser Steuer soll bekanntlich als Baufonds angesammelt werden. Der Präsident der Republik wird also in dieser Hinsicht noch nähere Bestimmungen treffen. Der Sejm faßte noch den Beschluß, die Regierung aufzufordern, sofort Gesetze zum Wiederaufbau der Städte zu schaffen, ausführlichen Bericht über die Verwendung der Baufonds dem Sejm vorzulegen, alle entbehrlichen Baulichkeiten für Mietszwecke herzugeben und, wenn irgend möglich, die Regierungsbeamten in vom Staat neu zu errichtenden eigenen Gebäuden unterzubringen. Dann wird die Regierung aufgefordert, die Zuschüsse für die Mietserhöhungen nicht nur auf Regierungsbeamte, sondern auch auf pensionierte Beamte, deren Witwen und Waisen und Invaliden anzuwenden, wenn diese Personen Staatspension erhalten.

Sejmsitzung vom 29. Februar.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Die nationaldemokratische Abgeordnete Sokolnicka, die bereits sich durch ihre früheren Ausweisungsanträge gegen die Deutschen Polens „berühmt" gemacht hat, fühlte das Bedürfnis, einen neuen Dringlichkeitsantrag („Pos. Tagebl." Nr. 53 vom 4. März 1924) zu stellen, wonach den Deutschen in Polen, die das polnische Staatsbürgerrecht nicht besitzen, verboten werden soll, an politischen Versammlungen teilzunehmen, die einen gegen die Regierung gerichteten aufreizenden Charakter haben. Der deutsche Abgeordnete Daczko interpellierte wegen der Ausweisungen von deutschstämmigen Personen, deren polnische Staatsangehörigkeit von polnischen Behörden zwar bestritten, aber keinesfalls noch völlig geklärt ist. Wie man weiß, stellen diese Ausweisungen bei Deutschen, bei denen die Untersuchung über die ihnen bereits gewährte, aber später abgesprochene Staatsangehörigkeit, Maßnahmen dar, die in den meisten Fällen den Beschlüssen des Völkerbundrates zuwiderlaufen.

Zu dem Gesetz zur Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit ergriff der Referent Puchalka (Chr.-Dem.) das Wort. Im Jahre 1919 hatte Polen, so führte er aus, 206 000 Arbeitslose, im Februar 1924 nur 107 000. Das sei wenig im Vergleich zu England mit 2 Millionen und Deutschland mit 4 Millionen Arbeitslosen. Das Gesetz findet Anwendung auf Arbeiter, die nachweisen können, daß sie im vorangegangenen Jahre 20 Wochen gearbeitet hatten. Es profitieren von dem Gesetz in Polen 600 000 Arbeiter. Die Unterstützung wird 30—50 Prozent des Lohnes betragen. Die Kommission dagegen hielt für die Zahlung der Kosten 3,3 Prozent des Lohnes der Arbeiter für ausreichend, wovon die Arbeitgeber ¾, die Arbeiter ¼ zu zahlen haben, während der Staat 0,65 % der gesamten eingezahlten Beträge aus Staatsmitteln zulegt. Das Gesetz kann höchstens in einem Monat in Kraft treten, und die Wirkung der angesammelten Fonds ist nicht vor Ablauf eines Jahres zu erwarten. Bis dahin wird der Staat für die Kosten der Arbeitslosenversicherung den Gemeinden langfristige Anleihen gewähren. Von seiten der Sozialisten wurde vorgeschlagen, die sämtlichen Lasten der Versicherung den Arbeitgebern aufzuerlegen und die Arbeiter, wie auch den Staat vollständig von den Lasten zu befreien. Das Gesetz liegt zunächst in erster Lesung vor.

Hierauf wurde das Mieterschutzgesetz in dritter Lesung angenommen.

Die Linke in der Mehrheit.

Es handelt sich um ein Gesetz, wonach den langjährigen Pächtern in den Ostgebieten, vor allen in Wolhynien, das Recht gegeben werden soll, das Eigentum, auf dem sie sitzen, zu gewissen Preisen zu erwerben. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung angenommen. Es zeigte sich dabei, daß bei allen von der Linken eingebrachten Verbesserungsanträgen sich für die Linke eine kleine Mehrheit, zuweilen nur von einer Stimme, ergab. Es mag dies nur Zufall gewesen sein, aber diesem Zufall kann die Bedeutung nicht abgesprochen werden.

Ein für Oberschlesien wichtiges Geständnis.

In der Kohlenkommission stellte das Wyzwoleniemitglied, Professor der Lemberger Universität Bartel, an den Minister die Frage, ob es der Regierung nicht möglich sei, mit Hilfe der staatlichen Skarboferm-Gruben eine Kontrolle auf die Gewinne auszuüben und somit preisregulierend zu wirken. Diese Gruben waren in preußischer Zeit staatliches Eigentum und der polnische Staat sollte eigentlich etwas mehr als die Hälfte der Aktien kontrollieren. Nun ist es aber ein öffentliches Geheimnis, daß diese Gruben den Franzosen in der Abstimmungszeit, vertraglich als ein Privatunternehmen zugesprochen wurden. Diese Auffassung bestätigte der Minister Kiedroń gegen seinen Willen, als er erklärte, daß die Gruben einer Privatgesellschaft gehören. Also der Minister gab zu, daß der Staat nicht in der Lage sei, Einblick in die Bücher dieser Gesellschaft zu erlangen. Der Minister sollte heute in dieser delikaten Sache weitere Aufklärung geben, aber er zog es vor, nicht in der Kommission zu erscheinen. Sein Vertreter lehnte verlegen jede Auskunft ab, was Herrn Bartel veranlaßte, dieses Vorgehen als unerhört zu bezeichnen. Im Zusammenhang hiermit verdienen die Worte besonders hervorgehoben zu werden, die der frühere Ministerpräsident und Vizemarschall des Sejm, Moraczewski, in der Budgetkommission aussprach. Er sagte wörtlich: „Es ist bekannt, daß die Abtretung der staatlichen Gruben in Oberschlesien das Bestechungsgeld für die Franzosen war, für die Haltung, die sie in der Plebiszitangelegenheit in Oberschlesien angenommen haben!" Diesem aufrichtigen Worte können wir nichts hinzufügen.

Republik Polen.

Neue Ausweisungen.

In Bromberg hat am Freitag bzw. Sonnabend eine Anzahl von Reichsdeutschen und Optanten den Ausweisungsbefehl erhalten.

Auch in Lissa sind, nach dem „Liss. Tagebl.", drei Ausweisungen, ebenfalls mit 24stündiger Frist, angeordnet worden. In Konitz haben, dem „Kon. Tagebl." zufolge, ebenfalls mehrere Einwohner kurz- oder langfristige Ausweisungsbefehle erhalten. Aus anderen Städten unseres Teilgebiets liegen bis jetzt noch keine Ausweisungsmeldungen vor.

Die Zeichnungen für die Bank Polski.

Von neuen Zeichnungen für die Emissionsbank werden u. a. genannt: Bank Kwilecki, Potocki i Ska. Posen 100 Aktien. Wielkopolskie Zakłady Przetworów Kartoflanych, Wronke 100, Bank Dyskontowy, Bydgoszcz 38. Bank Handlowo-Przemysłowy in Lodz 250, Polskie Zrzeszenie Spirytusowe 500. Holzerbank in Krakau 250. Ferner haben u. a. gezeichnet: Geistlicher Adamski, Vizemarschall Seyda, das erzbischöfliche Konsistorium und das Teatr Polski in Posen.

Frachtermäßigung für Auslandstransporte.

Vom 1. März ab sollen neue Exporttarife eingeführt werden, und zwar vor allen Dingen für die Ausfuhr von Steinkohlen und Zement nach Holland über Danzig, ebenso für die Ausfuhr von Kartoffeln nach Lettland und Stockholm. Um die Einkünfte der Staatsfinanzen zu verbessern, sollen für diese Tarife namhafte Ermäßigungen vorgenommen werden, indem für Strecken von mehr als 300 Kilometern diese Waren nach den Sätzen der 8. bis 9. Klasse verrechnet werden. Die Exporttarife über Danzig werden um 10 Prozent ermäßigt werden. Die zuvor nur für Rumänien geltenden Sätze werden für alle Grenzstationen ausnahmslos in Anwendung gebracht werden. Für Holzwaren wird bei Strecken von über 600 Kilometer die 8. statt der 7. Klasse als Berechnungsmaßstab gelten. Auch für Gdingen sind neue Sätze gültig, die diesen Hafen in die Reihe der internationalen Häfen eingliedern.

Die Verweigerung von Pässen.

Demnächst wird eine Ministerkonferenz stattfinden, die sich mit der Einschränkung der Paßerteilungen für Auslandsreisen befassen wird. Die Anregung hierzu geht vom Schatzamt aus, und sie hat Ersparungen zum Ziele. Es sollen alle Vergnügungsreisen, ebenso Kuraufenthalt und ähnliches in das Ausland unmöglich gemacht werden und nur Reisen zu wirtschaftlichen Zwecken gestattet werden. Man erinnert sich, daß im vorigen Sommer ein Boykott gegen die auf Danziger Boden gelegenen Kurorte während einiger Zeit im Gange war, daß aber schließlich die Regierung gezwungen war, die Reiseerschwerungen wieder aufzuheben, da das polnische Publikum allzu sehr unter der Reiseeinschränkung litt. Ob es diesmal gelingen wird, die Reiseeinschränkungen im Interesse der Staatsfinanzen durchzuführen, erscheint uns zum mindestens zweifelhaft.

Ueberfall auf den Schnellzug Lemberg—Warschau.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Sensation des Tages sind die Meldungen von einem Anschlag auf den Schnellzug Lemberg—Warschau, in dem Vertreter des Innenministeriums fuhren, die die Bassarabowschen Spionageakten bei sich hatten. Nach Löschung des Brandes im Zuge wurde eine Revision unter den Reisenden vorgenommen. Man verhaftete den Redakteur der „Nowa Ukraińska Kultura", ließ ihn aber wegen Mangels an Beweisen in Przemyśl frei. Bei der Ankunft in Warschau wurde Redakteur Rudnik wieder verhaftet.

Der Regierungsskandal bei den Żyrardów-Werken.

Der Piastabgeordnete Kosydarski richtete in der Budgetkommission die Aufmerksamkeit auf einen unerhörten Skandal. Es handelte sich um die bekannten Leinwandfabriken von Żyrardów. Im Jahre 1919 wurde die Żyrardower Aktiengesellschaft unter staatliche Zwangsverwaltung genommen. Sie erhielt bei ihrer Freiwerdung eine Regierungsanleihe von 47 250 0000 Mark, in den Jahren 1919 und 1920. Diese Summe wurde nach einem stehenden Kurs von 49 700 Polenmark für den Frank berechnet, während, wie bekannt, der Goldfrank inzwischen auf einen Wert von 1 800 000 gestiegen war. Auch die Wechselschulden der Gesellschaft bei der Reichspostsparbank wurden der Gesellschaft zu dem „stehenden Kurs" verrechnet. Nun hat die Regierung einen Posten vorgelegt, wonach die Gesellschaft die Anleihe von 47 250 000 M. aus dem Jahre 1919 und 1920 mit einer Summe von 22 Milliarden 250 Millionen zurückbezahlen soll, wobei immer noch der billige und vollkommen unzulässige Frankkurs zu Grunde gelegt ist. Der Sozialist Moraczewski rechnete dagegen aus, daß die Gesellschaft, deren Aktien bei fortdauernder Steigerung zu einem glänzenden Spekulationsobjekt geworden sind, rechtmäßigerweise, statt 22 Milliarden, ganze 6 Billionen zahlen müßte. Die Angelegenheit dieser unfaßbaren Begünstigung einer einzelnen Aktiengesellschaft durch die Regierung machte einen gewaltigen Eindruck auf die anwesenden Mitglieder, und es wurde sofort eine Kommission ernannt, die diese dunklen Vorgänge prüfen soll. Der anwesende frühere Finanzminister Kucharski entschuldigte sich damit, daß er den Beschluß auf Grund des von seinem Vorgänger im Amte zurückgelassenen Materials gefaßt habe, und dieser Vorgänger sei Herr Grabski!

Niederland und der Hafen von Gdingen.

Augenblicklich befindet sich der niederländische ehemalige Minister für Wasserbauten van Ysselstyn in Warschau, und es geht das Gerücht, daß er Verhandlungen im Namen einer holländischen Privatgesellschaft führe, die event. den Ausbau des Gdingener Hafens übernehmen soll. Soweit wir erfahren, ist es richtig, daß gegenwärtig der Hafen von Gdingen Gegenstand von Untersuchungen bildet. Aber über diese absolut vorläufigen Untersuchungen ist die Angelegenheit noch nicht hinausgelangt. Dr. van Ysselstyn ist einer der ausgezeichnetsten Wasserbauingenieure und hat als solcher jahrelang den Wasseranlagen des Rotterdamer Hafens vorgestanden. Seine stets in der Form eines dickleibigen Buches alljährlich niedergelegten Berichte über den Rotterdamer Hafen, die er für den rumänischen Generalkonsul Müller, einen Deutschen von Geburt, anfertigte, waren in ihrer glänzend wissenschaftlichen Art geradezu mustergültig. Außerdem ist er, wie die meisten seiner Landsleute, ein sehr vorsichtiger Herr, und wir glauben zu wissen, daß vorläufig eine große Neigung bei den Holländern nicht besteht, sich dieser schwierigen und wenig aussichtsreichen Sache anzunehmen. Die Anlage und der Ausbau des Hafens von Gdingen dürfte nach wie vor einstweilen an der Geldfrage scheitern.

Mente.

Roman von E. Vely.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Wie die offenen Wagen dahinflogen, an den Häuserkolossen, an den wandernden Menschen vorbei. Nun hielt Mente die hohen Bauten nicht mehr alle für Schlösser, — aber eine Eisenbahn mitten durch die Straßen fahrend! Das würde ihr in Wilrode gewiß keiner glauben! Nicht mal der alte, kluge Lehrer! Der Rauch kam herüber, das war häßlich, sie mußte husten, der Sachse auch.

„Aber großartig is es doch, das Leben!" sagte er und nickte mit dem Kopfe. Er hatte viel Pomade in seinem Haar, darauf setzte sich jetzt der aufsteigende Staub.

Sehr viel Sand, hüben und drüben, und nun Bäume, lang und schlank: Föhren.

„Ach, der himmlische Grunewald!" rief Tine und stieß Mente an.

Diese dünnen Bäume, und Häuser dazwischen und künstliche Seen, das war der Grunewald, von dem die beiden Mädchen so viel sprachen? Sie hatte den heimatlichen Wald im Sinne, der war so ganz anders. Aber, wenn die klugen Berliner das hier schön fanden, die aufgewühlte Erde, die dünnen Stämme, das Finstere drüben, — die mußten es doch wohl wissen.

Sie stiegen aus und wanderten unter den Bäumen hin. Das war wie in den Straßen, nur, daß hier ab und zu ein paar Menschen sich gelagert hatten und Papierreste zwischen dem spärlichen Grün lagen, daß eine Gruppe sich an irgend einem Spiele vergnügte, Haschen, Blindekuh, Bäumchenverwechseln. Sie kreischten meist überlustig. Tief mit den Rädern in den Sand einsinkend, glitten die Wagen auf der durchwühlten Fahrstraße dahin. — träge lagen die Insassen in den Kissen; andere Gefährte waren vollgepfropft, dann spottete man über die Familienkutschen.

Mente kam sich plötzlich so einsam, so verlassen vor unter den Witzen der anderen, den vorübergleitenden fremden Menschen, — und sie schämte sich. Es war doch gewiß nicht einerlei, wie das lachende Mädchen da vorhin gesagt hatte, ob ihre Mutter den Brief früher oder später hätte.

Nun gingen sie in einen riesigen Garten mit Terrassen, einem hohen Hause, einem See. Und alles besetzt mit Bier trinkenden, schmatzenden Menschen! Wie ein summender Bienenhaufe war's, aus- und einfliegend. Sie suchten lange, und dann fanden die Begleiter nicht ohne Widerspruch Platz an einem Tische, der schon halb von einer Gesellschaft besetzt war.

Die Biergläser wurden vor ihnen niedergesetzt. Herr Wilhelm Glünicke lehnte sich auf dem Stuhl zurück, strich über seinen Schnurrbart und bestellte für die ganze Gesellschaft Butterbrote, mit „Schinken, aber den man ohne Vergrößerungsglas sehen kann!"

Der Kellner lachte, die anderen auch. Tine klopfte ihrem Freunde auf die Schulter. „Nee, so was, — hast wohl 's große Los gewonnen!"

Sie erzählten allerlei; in dem einen Geschäft war dies passiert, in dem anderen jenes. Sie nannten eine Menge Menschen nur mit Vornamen. Ludwig hatte eine bessere Stelle, die kleine rote Alwine hatte sich mit einem Bäcker verlobt.

„Die muß ich mal hinterm Ladentisch sehen, die!" rief Richard Rabow.

„Es is doch 'ne Versorgung," meinte Tine.

„Un 'n Apfelkuchen mit Schlagsahne kann sie einem aus alter Freundschaft geben, wenn man mal vorbeikommt."

Wilhelm Glünicke blickte um sich.

„Ich wende 'ne Depesche dran zur Hochzeit. Was kann da sein? Hört mal, Kinder: „Alwine war stets lecker, nun kriegt sie drum 'nen Bäcker."

Das war wieder so lustig, daß man sich gemeinsam herzhaft freuen mußte.

Tine und Anna kritisierten die Zunächstsitzenden und die Vorübergehenden.

„Nun sieh doch man bloß, was die sich einbild't, und wie sie tut! Ihre Mutter hat 'nen Grünkram."

„Na, wenn die beiden auf'm Standesamt gewesen sind, die da so breit in dem Wagen sitzen, kann man mich aufhängen."

„Sieh doch mal, Anneken, die Frau Kommerzienrätin Mangelsdorf; das is 'n Hut! Was? Den kriegt die Schultzen in drei schlaflosen Nächten doch nich raus! Und da ist der hübsche, lustige Assessor, der mal mit Therese ging. Nu kennt er uns natürlich nicht mehr! Wie spinös die Frau aussieht. Therese hatte es sich ordentlich zu Herzen genommen. Nee, wirklich! Und wenn ich nich da war und hätte ihr vernünftig zugeredet, denn wäre sie imstande gewesen und wäre in den Kanal gegangen. Therese, habe ich gesagt, denk doch man bloß, er wäre gestorben. Nu sieh, denn hättest Du 'ne Zeitlang geweint und hättest Dich auch trösten müssen. Und einmal lebt der Mensch man bloß, und wir haben nichts als unsere paar jungen Jahre. Mit dem Kanal, das bleibt einem schließlich doch immer noch. Und sie is vernünftig gewesen, und jetzt geht es ihr besser als uns allen zusammen. Herrjeh, sieh nur, der Assessor kann gar nich mehr sprechen! Wie die dasitzen! Na — die Frau hat's ihm abgewöhnt, die is danach!"

„Wenn ich Frau Segern nur nicht zu lange ausbleibe," sagte Mente zu Anna.

„Hast recht! Gleich nur daran gewöhnen, daß Du tust, was Du willst, und daß es keinen was angeht!"

„Fräulein Schultz —"

„Ach, vor der hast Du Angst? Und etwa, daß die nach Hause schreibt? Wohl gar! Kannst ja auch schreiben, Papier is geduldig, — und wenn es Dir bei der Schultzen nich gefällt, so verändere Dich —"

„O doch, doch!" Mente hatte ganz erschreckte Augen.

Die Gesellschaft stand auf. „Kinder, wohin nu?" fragte der aus dem Möbelgeschäft.

„Erst mal wieder rein nach Berlin," — und dann schwirrten die Namen von verschiedenen Lokalen durcheinander.

„Ich — ich will aber nach Hause," sagte Mente.

„Wenn's erst schön wird?"

Sie schüttelte den blonden Kopf, und Tine kam ihr zu Hilfe.

„Kinder, sie is doch das alles noch nich gewöhnt — quälen sollt Ihr sie mir nich! Man keine Bange, Menteken!"

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Briefe zwischen England und Frankreich.

Entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages. — Aber unser wirtschaftliches Leben. ... — Was Herr Poincaré darauf zu sagen weiß. ...

Der Briefwechsel zwischen dem englischen und französischen Ministerpräsidenten wird jetzt durch das französische Außenministerium veröffentlicht. Der Brief des englischen Ministerpräsidenten Mac Donald trägt das Datum vom 21. Februar 1924. In diesem Briefe gibt Mac Donald den Grund an für seine Anschauung durch eine rücksichtslose Darstellung der Schwierigkeiten und Auffassungen, denen er ergeben ist, um damit den Weg zu weisen, der zu einem gegenseitigen Verständnis führt.

Er sagt, daß in den ausgetauschten Briefen auf die Forderungen und den Faktor der öffentlichen Meinung in Frankreich und England hingewiesen sei. In England sei das Gefühl verbreitet, daß Frankreich den Bestimmungen des Versailler Vertrages entgegen eine Situation schaffen will, die das erreicht, was es während der Friedensverhandlungen nicht erreichen konnte. Die Engländer, welche diesem Eindruck huldigen, haben die Auffassung, daß es sich um eine Politik der Ungewißheit und Gefahren handelt, die keinen Friedenszustand erzeugt, sondern **einen Kriegszustand nur verlängern kann.** Dadurch würden die Sicherungen und Garantien, die Frankreich zu Zeiten verlangt, nur zerstört. Es gäbe in Frankreich Leute, die sich einbilden, daß eine **vollkommene Niederlage Deutschlands sie für immer automatisch von einer Bedrohung befreit.** Andere glauben wieder, daß die Grenzen Frankreichs bis an den Rhein ausgedehnt werden müssen, um diese Sicherheit zu erlangen. **Diese Erwartung sei eine Enttäuschung.** Man hat Frankreich darum einen Garantievertrag mit England und Amerika angeboten. Da aber Amerika sich nachher davon enthalten hat, ist dieses Angebot hinfällig. Darum sucht Frankreich ohne Grund eine Garantie.

Was das Reparationsproblem anbetrifft, so hat dort das Publikum Frankreichs eine große Enttäuschung erfahren. Weder die unbegrenzten Hoffnungen, die der Sieg hervorrief, noch das Zahlungsabkommen von 1921 entsprechen den wirtschaftlichen Bedingungen, die heute bestehen. England ist geschützt durch seine Sicherungen zu Wasser und zu Lande. Doch das wirtschaftliche Leben ist in schwerster Gefahr. Nicht darum, weil Deutschland zu den Reparationszahlungen unfähig war, sondern weil die europäischen Märkte in beständigem Verfall sind. Schuld daran sei die Ungewißheit der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, und dann das wirtschaftliche Chaos in Deutschland, das in den heftigsten Schwankungen der deutschen Mark sich bemerkbar macht.

Darum ist es gekommen, daß England mit großer Sorge dem Entschluß Frankreichs entgegensieht, Deutschland zugrunde zu richten und auf dem Kontinent zu dominieren, weder an Englands Interessen noch an die Auswirkung des europäischen Problems zu denken. Aus diesem Grunde auch ist das englische Volk von einer großen Beunruhigung im Angesicht der großen englischen Flugzeugrüstungen ergriffen worden, die Frankreich im Westen und Osten betreibt. Beunruhigend ist das Interesse für die militärischen Organe der neuen Staaten in Zentraleuropa. Schließlich wundert sich das englische Volk, warum Frankreich zu all diesen Dingen soviel Geld opfert, ohne dabei zu bedenken, daß der britische Steuerzahler 30 Millionen Pfund Sterling jährlich aufzubringen hat, um die Zinsen abzuzahlen, die England Amerika schuldete. Daß darin auch große Beträge zur Zahlung der französischen Schuld enthalten sind, das beunruhigt den englischen Bürger sehr, weil Frankreich ja zur Zahlung seiner Schulden keine Anstalten macht und auch keine Vorschläge einbringt.

Mac Donald sagt dann, daß er mit diesen Bemerkungen auf die Stimmung in England anspielt, und mit dieser Stimmung müsse gerechnet werden. Er hat nicht die Absicht, das Ruhrproblem oder das Rheinlandproblem anzuschneiden, aber er sei fest entschlossen, eine Aussprache herbeizuführen. In dem Brief heißt es dann weiter:

„Das französische Volk verlangt nach Sicherung, das englische Volk will ein ähnliches Ideal. Während Frankreich aber die Sicherung lediglich als eine Sicherung gegen Deutschland auffaßt, mißt das britische Reich diesem Worte weit größere Bedeutung zu. Was wir wünschen, das ist die Sicherung gegen den Krieg; das Sicherungsproblem ist nach meiner Ansicht keineswegs ein rein französisches Problem, es ist vielmehr ein europäisches, das in gleicher Weise England, Deutschland, die Tschechei, Ungarn, Rußland, Rumänien, Südslawien, Italien und Griechenland interessiert. Es ist sehr wohl denkbar, daß es zum universellen Schiedsspruch kommen wird. Unsere Aufgabe muß inzwischen darin bestehen, das Vertrauen wiederherzustellen. Ob dieses Ziel durch Maßnahmen der Entmilitarisierung sowie durch Schaffung von entmilitarisierten Gebietsstreifen zwischen gewissen Ländern, Gebietsstreifen, die unter der gegenseitigen oder einer kollektiven Überwachung und Garantie gestellt werden, erreicht werden kann, oder durch ein anderes Mittel, ist eine Frage, die sorgfältig und im einzelnen studiert werden muß. Ich glaube, daß der Völkerbund in dieser Angelegenheit durch Erörterung der Probleme und auch durch die Tat eine entscheidende Rolle spielen kann.

In ähnlicher Weise wünscht das französische Volk die Reparationen zu erlangen. Darunter versteht es zumal Zahlungen, die Deutschland für die auf französischem Boden angerichteten Schäden zu leisten hat. Auch das britische Volk wünscht lebhaft, daß die Verwüstungen des Krieges wieder gutgemacht werden. Bevor wir indessen diese Probleme behandeln, müssen wir natürlich die Berichte der Sachverständigen abwarten. Ich habe die Hoffnung, daß sie zur Annäherung unserer beiden Länder beitragen werden. Ich sehe nicht ein, warum dieses Problem nicht gelöst werden kann, wenn man es von einer großzügigen Seite in Angriff nimmt und es im Zusammenhang mit dem verwandten Problem der interalliierten Schulden prüft.

Ich wiederhole, mein lieber Premierminister, die Situation Europas kann nur geregelt werden, und das ist meine feste Überzeugung, wenn Frankreich und England in völliger Sympathie gegenüber den gegenseitigen Bedürfnissen und unter Berücksichtigung der Interessen der Welt eine gemeinsame Aktion unternehmen. Ich bin völlig bereit, bei diesem Werke der Zusammenarbeit mitzuwirken."

Am 25. Februar hat Poincaré geantwortet und in seiner Antwort unterstreicht er den Wunsch, eine Annäherung herbeizuführen. Er sagt, daß die Engländer, welche annehmen, daß Frankreich Deutschland zerstören wolle, in einem Irrtum sich befinden. (!) Frankreich hegt auch keine Annektionspläne. (!) Frankreich habe den allgemeinen Frieden im Sinn, nicht persönlichen Vorteil. Es heißt wörtlich weiter:

„Unter den Irrtümern, die ein Teil der englischen Meinung uns gegenüber hegt, ist zumal derjenige unverständlich, der sich auf unsere militärischen Rüstungen bezieht. Unsere militärischen Flugeinrichtungen sind ausschließlich dazu bestimmt, uns gegen Deutschlands Revancheversuche zu verteidigen. Unsere Armee und unser Flugzeugwesen sind England gegenüber ebensowenig ein Zeichen des Mißtrauens wie die britische Luft- und Seeflotte nach unserer Meinung eine Drohung für Frankreich darstellten."

Poincaré ergeht sich dann in längeren Ausführungen über die französische Politik der Kleinen Entente gegenüber und behauptet, daß diese Politik lediglich der Erhaltung des Friedens diene. Das gäbe England noch keine Veranlassung, unruhig zu sein. Die Ruhrbesetzung ist nur erfolgt, um Deutschland zur Reparationszahlung zu zwingen.

„Dieses Druckmittel wird, wie wir angekündigt haben, an dem Tage aufhören, an dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt haben wird. Unsererseits wird die Okkupation des Rheinlandes aufhören, sobald die Bedingungen des Friedenvertrages erfüllt sind und unsere Sicherung gewährleistet sein wird. Die Sachverständigen werden ohne Zweifel bald ihre Berichte einsenden. Die Reparationskommission und die verbündeten Regierungen werden die Gutachten der Sachverständigen prüfen. Wir werden, wie ich hoffe, alsbald eine allgemeine Lösung erzielen und durchsetzen, daß Deutschland auf die Regelung eingeht.

Ich danke Ihnen für die Mitteilung, wonach die Regelung der interalliierten Schulden im Zusammenhang mit den Reparationen aufzufassen ist. Es wäre wünschenswert, daß beide Probleme gleichzeitig geregelt werden.

Weiterhin bemerkt Poincaré, daß die französische Regierung gleichfalls die Absicht habe, das Ansehen des Völkerbundes zu verstärken. Poincaré knüpft eine Reihe von allgemeinen Wünschen daran. Zum Schluß schreibt er: „Ob es sich darum handelt, das Ansehen des Völkerbundes zu verstärken oder die Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu beschleunigen oder den Weltfrieden zu begründen, so bin ich wie Sie der Überzeugung, daß die Ereignisse um so rascher eintreten und wir um so glücklicher sein würden, als das Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern sich mehr und mehr ausdehnt."

Der weitere Verlauf des Hitlerprozesses.

Die Verhandlungen am Sonnabend. — Hauptmann Röhm wird verhört.

Über den weiteren Verlauf des Hitler-Prozesses vor dem Münchener Volksgericht wird uns geschrieben:

Um 8.40 Uhr betreten die Angeklagten mit ihren Verteidigern den Verhandlungssaal. Der Vorsitzende teilt nach Eröffnung der Verhandlung mit, daß ursprünglich für heute Zeugen für äußere Vorgänge geladen waren, dann aber wieder abbestellt wurden.

Es wird dann die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Angeklagter Hauptmann a. D. Röhm, der den Krieg ganz mitmachte, verwundet und vielfach ausgezeichnet, war bei der Münchener Truppe des Obersten Epp, und er kam dann zu den Kampfverbänden.

Röhm: Ich bin mir noch immer nicht ganz klar, wieso ich durch diese selbstverständliche Tat auf die Anklagebank gekommen bin. Ich bitte zu berücksichtigen, daß ich nur Offizier bin und als solcher denke. — Röhm macht sodann einige Phrasen über die Anerkennung seiner Vorgesetzten und die Liebe seiner Untergebenen und über seine erste Begegnung mit Ludendorff im Felde, von der „Ludendorff allerdings nichts mehr wissen werde". Die Revolution lernte er zuerst in dem „sofort ganz verlodderten Lazarett" kennen. Er reiste dann durch das deutsche, die Truppen enthusiastisch grüßende Elsaß nach München. Am Bahnhof hat ihn der Feldwebel, die schwarz-weiß-rote Kokarde abzunehmen, mit den entschuldigenden Worten: „So weit sind wir in Deutschland gekommen." Er habe aber die Kokarde niemals abgenommen, und es hat sie niemand beanstandet. Nach seiner Eidentbindung hätte er Gelegenheit gehabt, in eins der Militärämter zu kommen, „deren Offiziere heute alle in der Reichswehr sitzen". Am 1. Januar 1919 trat er seinen Dienst in Ingolstadt an, und Epp wurde auf ihn aufmerksam. Er hatte einen Zusammenstoß mit Soldatenräten, will sie aber durch seine Stellung zur Monarchie und zur Revolution mit großem Erfolg aufgeklärt haben, und zwar mit den Worten: „Ich werde schon durchs Leben kommen; ich bin gescheiter als Sie und habe mehr gelernt. Aber Sie werden durch die Revolution verhungern." Die Nachricht von der Ermordung Eisners habe er freudig aufgenommen; er begab sich dann vor der Niederwerfung der Räteregierung in Zivil zum Freikorps Epp, mit dem er am 1. Mai nach München kam. Beim Einzug lernte er Dr. Roth kennen, der gerade zum Polizeipräsidenten ernannt worden war. Röhms Abneigung gegen einen Teil der jetzigen Offiziere kommt wieder zum Vorschein, als er sich beschwert, daß nach dem Einzuge der Truppen in München plötzlich wieder die Offiziersuniform öffentlich getragen wurde. Dann wurde Seisser zum Stadtkommandanten ernannt, dem, wie der Angeklagte erklärt, kein guter Ruf vorausging. Deshalb habe er seinen Rücktritt genommen. Er kam alsdann zu den vaterländischen Verbänden, indem er den Münchener Nationalverband deutscher Offiziere gründete. Auf diese Weise wurde er mit Oberstleutnant Kriebel befreundet.

In der weiteren Vernehmung des Hauptmanns a. D. Röhm machte dieser Angeklagte noch folgende Aussagen: Justizrat Schramm: Was nun Ihre Kapitulation vor der Reichswehr anbetrifft, ist es denn möglich gewesen, daß Sie sich anders als durch Verhandlungen von Ihrem Gegner loslösten? — Angekl.: Natürlich ging das nur auf dem Verhandlungswege. Ich konnte doch nicht einfach sagen: So, jetzt gehn mer heim! Ich möchte übrigens hier noch nachtragen, daß die uns zugesicherten militärischen Ehren nicht bewilligt worden sind. Der Vertreter des Generals v. Danner, Leutnant Braun, hat sich geradezu skandalös benommen. — Justizrat Schramm: Hat dieser Herr nicht verlangt, daß Ihnen die Epauletten abgerissen werden? — Hauptmann Röhm (mit sehr leiser Stimme): Das hat er getan. — Rechtsanw. Roder: Ist Ihnen bekannt, Herr Hauptmann, daß Exzellenz Lossow schon Ende Oktober den Wunsch geäußert hat, daß er durch die Verbände den Absprung zum Marsch nach Berlin finden möchte? — Angekl.: Das ist sicherlich richtig. Exzellenz Lossow hat sich schon Ende Oktober in zahlreichen Besprechungen dafür mit Feuer und Flamme eingesetzt.

Nach einer Pause wurde der Führer des nationalsozialistischen Regiments, Oberleutnant a. D. Brückner, vernommen. Er bekundete, daß er seit jener Zeit mit Haß gegen die Verbrecher erfüllt sei, die Deutschland zugrunde gerichtet hätten, als er Kurt Eisner in einer Wahlrede in Augsburg in ähnlicher Weise habe erzählen hören, wie Revolutionen in München gemacht würden. Er hat dann auch die Befreiung Münchens mitgemacht, war in der Einwohnerwehr tätig und war Anhänger Hitlers, als des Mannes, der nach seiner Ansicht allein Deutschland Rettung bringen könne. Vor allen Dingen habe es ihn gefreut, daß bei den Nationalisten Arbeiter, Offiziere, Studenten und Beamte kameradschaftlich zusammenständen. Hitler habe Deutschland wieder ein Ideal, das Ideal des Groß-Deutschland gegeben. „Wir brauchen Leute mit glühender Vaterlandsliebe, von fanatischem Haß. (?) Die Befreiung der Pfalz ist auch nicht erfolgt durch die Treuekundgebungen im Parlament und in der Presse, sondern durch die Männer vom Geiste Schlageters. Von den Besprechungen am 8. und 9. November weiß der Angeklagte nichts. Er hat nur vom Hauptmann Döhring gehört, daß Kahr, Lossow und Seisser gewillt seien, nach Berlin zu marschieren.

Damit war die Vernehmung beendet, und die Sitzung wurde auf Montag morgen ½9 Uhr vertagt. Am Montag werden die letzten Angeklagten vernommen, und dann beginnt die Zeugenvernehmung. Voraussichtlich noch am Montag nachmittag werden Graf Bothmer, Generalmajor v. Hemmer, Geh.-Rat Dr. Max v. Gruber, Oberregierungsrat Sommer vom bayerischen Staatsministerium des Innern, Kommerzienrat Zentz, Frau Sophie Auer, Oberst Etzel und Oberst Leupold vernommen. Am Mittwoch werden voraussichtlich Generalstaatskommissar a. D. v. Kahr, General v. Lossow und Oberst Seisser gehört. Für die Vernehmung der drei Herren sind ein bis zwei Tage vorgesehen, da man erwartet, daß es dabei zwischen ihnen und den Angeklagten zu sehr heftigen Auseinandersetzungen kommen wird.

*

Pressestimmen zur Rede Ludendorffs.

Die Rede Ludendorffs hat im Auslande ein ziemlich bewegtes Echo geweckt. Sieht man doch im Auslande in ihm mit einen der großen Repräsentanten der Weltkriegsführer. Die Rede vor dem Volksgericht in München wird von einzelnen Ländern mit wichtigen Kommentaren versehen. Interessant sind z. B. die Berichte der französischen Zeitungen über den Münchener Prozeß. Bemerkenswerterweise sind die Darstellungen rein sachlich und im großen ganzen ohne besondere Bemerkungen. Das große Interesse wendet sich Hitler und Ludendorff zu. In mehreren Zeitungen wird gesagt, daß Hitler das Zeug zu einem parlamentarischen Führer haben würde, wenn er es verstände, seine politischen Gedanken etwas zu disziplinieren. Ludendorff dagegen ist für die Franzosen eine große Enttäuschung. Er wird nicht mehr als die Verkörperung der deutschen Gefahr in den Pariser Zeitungen zitiert werden können. Das Bild, das mit kleinen Änderungen in einem halben Dutzend von Blättern nach seiner Vernehmung gezeichnet wird, sieht so aus: Ludendorff ist stark gealtert. Im letzten Teil seiner Aussage war er sichtbar ermüdet, nicht nur körperlich, sondern auch geistig. Er verlor den Faden seiner Rede und sprach unzusammenhängend über Dinge, die gar nicht zur Sache gehörten. Der Eindruck seines Auftretens ist nicht besonders groß.

Der Münchener Korrespondent der „Times" schreibt: Ludendorff habe wie ein Soldat bei der Parade gesprochen. Mit lauter und rauher Stimme und unter starkem Aufwand von Gefühlen. Der Münchener Vertreter des „Daily Telegraph" meint, daß Ludendorff in den letzten Jahren eine seltsame geistige Entwicklung durchgemacht habe. Früher waren es die Sozialisten, die an der Niederlage schuld gewesen sein sollen. Jetzt aber habe er entdeckt, daß das Judentum der Grund seines Mißerfolges gewesen sei. Ludendorffs Antisemitismus, schreibt der Berichterstatter, sei bekannt, aber mancher Zuhörer dürfte seinen Ohren nicht getraut haben, als plötzlich der Ausspruch gegenüber dem Papst kam. Reuter berichtet aus München, Ludendorffs Rede sei eine reine Programmrede gewesen, so daß man sich fragte, ob man einem Hochverratsprozeß beiwohne oder in einem Debattierklub sei. Die Zeitung „Exchange" teilt mit, daß Ludendorff seine Rede vorher in 47 Schreibmaschinenseiten an ausländische Journalisten verteilt habe, damit im Falle eines Ausschlusses der Öffentlichkeit nichts von ihr verloren ginge.

Um eine internationale Wirtschaftskonferenz.

Die „Times" melden aus Washington, daß als sicher anzusehen sei, daß die Vereinigten Staaten Europa ihre finanzielle Unterstützung nicht versagen werden, sobald nur die europäischen Nationen sich in den Streitfragen einigen. Die amerikanische Regierung erwägt schon seit längerer Zeit die Möglichkeit der Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz. Sie ist der Meinung, daß die Initiative von der englischen Regierung ausgehen müsse, um der amerikanischen Regierung freie Hand zu lassen bezüglich der Bedingungen des Beitritts Amerikas. In Washington herrscht hinsichtlich der Einigung in Europa auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen optimistische Stimmung.

In kurzen Worten.

Auf der Bezirkstagung der Sozialdemokraten von Berlin fand eine Aussprache über die Aufstellung der Kandidaten zu den Reichstagswahlen statt. Die Radikalen forderten als Spitzenkandidaten Crispien und Zubeil, während der Parteivorstand Heimann und Bernstein vorschlug. Die Radikalen siegten mit 260 Stimmen gegen 220 der Gemäßigten. Es kam zu äußerst aufgeregten Szenen und der Parteivorsitzende Dittmann wurde niedergeschrien. Die Tagung wurde dann ohne besondere Entschlüsse aufgelöst. Es macht sich ein tiefer Riß bemerkbar, der einer abermaligen Spaltung gleichkommt.

*

Aus Paris wird gemeldet, daß in privater Sitzung der Nationalversammlung von Angora die Verbannung des Kalifen ausgesprochen worden sein soll. Die Mitglieder der kaiserlichen Familie beiderlei Geschlechts sollen ihre Eigenschaft als türkische Untertanen verlieren und innerhalb 10 Tagen das Land verlassen. Wenn die Nachrichten zutreffend sind, so würde der Kalif wahrscheinlich nach Ägypten gebracht werden.

*

Der Präsident der russischen Räterepublik Rykow soll sich nach London begeben haben, um mit Mac Donald eine versöhnende Aussprache herbeizuführen.

Letzte Meldungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.

Über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen hat das Sekretariat des Völkerbundes im Einvernehmen beider Delegationen folgendes Kommunikat herausgegeben: Die bis zum 3. März gepflogenen Verhandlungen sind um einige Tage verschoben worden, damit die Regierungen der beiden Staaten die Lage, die sich im Resultat der Beratungen gebildet hat, prüfen können. Souza Dantas schlug den Vorsitzenden der deutschen und der polnischen Delegation vor, mit ihm am 9. März noch eine Beratung abzuhalten, um ihm eine genaue Informierung über den Standpunkt der beiden Regierungen zu ermöglichen. Nach dieser Konferenz arbeitet Souza Dantas einen Bericht für den Völkerbundrat aus, dessen Session am 10. März beginnt.

Empfangsabend beim Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident und seine Gemahlin gaben am 1. März im Lazienki-Palast einen Empfangsabend zu Ehren des diplomatischen Korps. Es nahmen von polnischer Seite sämtliche Mitglieder der Regierung, Vertreter der obersten Regierungs- und Militärbehörden, sowie die Kreise der Wissenschaft und der Gesellschaft teil.

Transportvertrag mit Rußland?

Wie „Echo Warszawskie" mitteilt, soll die polnische Staatseisenbahnverwaltung kürzlich mit der Sowjetregierung einen Vertrag über russische Getreidetransporte nach Westeuropa abgeschlossen haben. Die polnischen Eisenbahnen sollen in kurzer Zeit 3000 Waggons mit Getreide, hauptsächlich nach Deutschland, annehmen und transportieren.

Der Preisrückgang in Polen.

Warschau, 4. März. Die Warschauer Teuerungskommission hat festgestellt, daß die Kosten der Lebenshaltung im Februar um 2,16 Prozent im Vergleich zum Januar zurückgegangen sind. — In Lodz ist ein Preisrückgangskoeffizient von 2 Prozent errechnet worden.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Der so jäh aus dem Leben geschiedene

Herr Dr. Wilhelm Loewenthal

hat unserm Vereine während all der Jahre seiner hiesigen Wirksamkeit angehört, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender. Seine reiche musikalische Begabung, sein starker, kritischer Kunstverstand und ein zäher Wille machten ihn zu einer Stütze unseres Chores und befähigten ihn zu Aufgaben, die weit über das Durchschnittsmaß unsrer gegenwärtigen musikalischen Bildung hinausragen — wir erinnern nur daran, wie er vor drei Jahren die außerordentlich schwere Partie des Evangelisten in der Johannes-Passion durchgeführt hat. So ist sein Tod für uns ein schwerer Verlust. Er aber ist aus allem Kampf des Lebens zu jenem Frieden gekommen, von dem er so oft sang: Da alle Sehnsucht gestillt ist und alle Dissonanzen dieses Lebens sich auflösen sollen in ewig-ungetrübte Harmonie.

Sein Andenken bleibt uns unvergessen!

Posener Bachverein.

O. Stiller, Vorsitzender. **K. Greulich**, Dirigent.

Nach kurzem Krankenlager verstarb unser inniggeliebter Enkelsohn

Hans-Joachim Schleese

im zarten Alter von 7 Jahren in Halle a. S.

Die trauernden Großeltern
Max Thess u. Frau.

---

1 Milliarde

verleihe gegen Aktiensicherheit zu 20% vierteljährlich. Off. u. **5747** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Erstklassige **Friseurin** sucht **Monatskunden.** Off. unter **L. 5732** an die Geschst. dieses Blattes erbeten.

Fayence-Erzeugnisse

erstklassiger Qualität

in großer Auswahl empfehlen zu Konkurrenzpreisen und ausnahmsweise günstigen Zahlungsbedingungen. (Erteilung von Wechselkrediten.)

Fabryka Fajansu i Wyrobów Ceramicznych, „PRUSZKÓW" w Pruszkowie.

Włocławska Fabryka Fajansu, „KERAMOS" w Włocławku.

Geschäftsleitung: WARSZAWA, Zielna 35.

Telephon 508-92 235-59, 195-01, 198-96.

Telegramm-Adresse: „CERAMIKA", WARSZAWA:

Bilanzaufstellung per 31. Dezember 1923.

Aktiva.		Passiva.	
Bargeld	26 707 195.—	Mitgliedsanteile	6 250 000 000.—
Bankguthaben	143 501.—	Depositen	16 236.—
Waren lt. Invent.	17 339 550 000.—	Reservefonds	1 185 847 150.—
Mobiliar	1.—	Spez. Reservefonds	10 205 172.63
Lieferanten	3 139 476 190.—	Steuerreserve	1 899 129 281.—
Debitoren	55 238 000.—	Banken	222 933 600.—
		Lieferanten	8 162 387 500.—
		Debitoren	284 339 740.—
		Reingewinn	2 546 256 207.37
	20 561 114 887 —		20 561 114 887.—

Mitgliederbewegung.

Bestand am 1. 1. 1923: 117 Mitglieder. — Ausgeschieden: 18 Mitglieder.
Bestand: 99 Mitglieder. — Neu eingetreten: 26 Mitglieder.
Mithin Bestand für 1924: 125 Mitglieder.

Poznań, den 31. Dezember 1923.

Hurtownia Mechaników Sp. z. z o. o., Poznań.
Dąbrowskiego 3.

Kaminski. Lesser.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 4. 3., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron"**, Komische Oper von Strauß.

Mittwoch, den 5. 3., 7½ Uhr: **„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert.

Donnerstag, 6. 3., 7½ Uhr: **„Die Jüdin"**, Große Oper von Halevy.

Freitag, den 7. 3., 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana"**, Oper von Mascagni u. **„Bajazzo"**, Oper von Leoncavallo.

Sonnabend, den 9. 3., 7½ Uhr: **„Lohengrin"**, Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sewilski.

Sonntag, den 9. 3. nachm.: **„Glocken von Corneville"**, Komische Oper von Planquette. (Erm. Preise.) — Abends: **„Kuhreigen"**, Oper von Kienzl.

Literarische Vereinigung in Chodzież.

[5718

Sonnabend, den 8. März,
abends 7½ Uhr, im Kościuszko-Hôtel:

Das vierte Gebot.

Volksstück in 4 Akten (8 Bildern) von Ludwig Anzengruber.

Schneiderlehrinstitut u. hauswirtschaftliches Pensionat

Gniezno, Mieczysława 27.

Beginn des **Sommerkurses, Dienstag, 1. April**

Lehrfächer: **Akademische Schnittlehre sämtlicher Damen- und Kinderbekleidung, Wäsche** eingeschlossen, sowie beste Anleitung zur Anfertigung der Sachen.

Kunsthandarbeit jeder Art.

Haushaltungslehre: **Kochen, Feinbäckerei, Servieren** usw.

Nähere Auskunft erteilt die

Leiterin M. Huwe.

Die Arbeiten des Winterhalbjahres sind am 29. und 30. März nachmittags im **Logensaale, ul. Mikołaja** öffentlich ausgestellt.

Frankfurter Oder-Zeitung

Das seit einem Jahrhundert eingebürgerte **Heimatblatt des Brandenburgers**

Größte und weitaus verbreitetste Zeitung der Provinz Brandenburg und der deutschen Ostmark.

Kleine Anzeigen (Grundstücks- und Stellenmarkt) sind von größter Wirkung. Nach Verbreitung und Reichhaltigkeit des Anzeigenteiles ist die „Frankfurter Oder-Zeitung" das

Hauptanzeigenblatt des mittleren deutschen Ostens

Jedes Quantum

Schafwolle

(ungewaschen)

kauft zu den höchsten Tagespreisen auf Basis der Dauervaluta

Spółka-Akcyjna „ROLA"

Poznań, św. Marcin 48.

Tel. 2895 u. 2896. Tel.-Adr.: „ROLA POZNAN".

Tausche bis auf weiteres

Schmutzwolle 4 zu 1 Pfd.

gewaschene Wolle 3 zu 1 Pfund

gegen prima ausländische Wolle.

„TEKSTYL", Poznań

Kantaka 6 (Ecke św. Marcin)

Telephon 3090. Telephon 3090.

Achten Sie bitte genau auf die Firma!

Reparaturen

an

Elektromotoren Dynamomaschinen

führen aus

K. Gaertig i Sp., T. z o. p. Poznań,
Oddział Pracowni Elektromechanicznych,
Tel. 3584. **ul. Półwiejska 35.** Tel. 3584.

Elegante Damen-Wäsche

empfiehlt in grosser Auswahl

S. Kaczmarek, Poznań,
ul. 27. Grudnia 20.

Besuch erbeten. Kein Kaufzwang.

Empfehlen zur Anschaffung
Przewodnik po Poznaniu
Kl. 8°. 208 S. m. Illustr. Poln. Text. **1 500 000 M.**

Wir bieten antiquarisch an:

Handbuch der Architektur, 42 Bde., gebunden. Umfassend die gesammte Bau-Wissenschaft, von hervorragenden Fachleuten bearbeitet, mit sehr zahlreichen in den Text eingedruckten Abbildungen.

v. Mayer, Geschichte und Geographie der deutschen Eisenbahnen, vier Bde., geb.

Karl May's Werke, 46 Bde., wie neu, geb., nur zusammen verkäuflich.

Neu:

Kl. Wörterbuch für Hütten- und Maschinenleute.

Laubert, Verwaltung der ehemaligen Provinz Posen. 1815—1847.

Dr. Ritter, Die Krebskrankheit.

Konrad, Kleine polnische Etymologie.

Prof. Dr. R. Węglowski, Chirurja operacyjna.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Zur Frühjahrspflanzung

empfiehlt alle Arten **Obst- u. Alleebäume,** auch **Pfirsich-, Frucht- u. Ziersträucher, Heckenpflanzen,** hohe und niedrige **Rosen, Stauden-, Spargel- u. Erdbeerpflanzen.**

Aug. Hoffmann, Baumschulen, Gniezno.

Chemische Fabrik Milch Akt.-Ges., Danzig

liefert in bekannter, guter Qualität

Superphosphat

und andere Düngemittel zu billigsten Tagespr.

Habe laufend **waggonweise** billigst abzugeben

Braunkohlen

sowie

Braunkohlen-Briketts.

Richard Korbe, Zbąszyń, [5701

General-Vertretung der Schwiebus-Wiltaner Kohlenwerke

Ausschneiden! **Ausschneiden!**

Postbestellung.

An das Postamt

in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für den Monat März 1924

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Wir sind Käufer für jeden Posten

Fabrikkartoffeln

und zahlen die höchsten Tagespreise

Polaczek & Lisiewski

Kartoffelgroßhandlung

Poznań, Plac Wolności 14. Tel. 1650, 5320.

Fenster-Glas

Ornament-, Roh-, Drath- und **Gartenglas, I a Glaserkitt, Spiegel** usw. empfehlen

Polskie Biuro Sprzedaży Szkła, dawn.: **M. Fuss,**
Poznań, Małe Garbary 7a. Telephon 2863

Chiffre-Angebote

(Offertenbriefe),
denen das Briefporto mit

200 000.— Mark

nicht beigefügt ist, können für sich allein nicht weitergesandt werden.

Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 4. März.

Hirtenbrief.

Zu einer würdigen Feier der Passionszeit fordert ein Hirtenbrief auf, den Generalsuperintendent D. Blau soeben erlassen hat, und der am vorigen Sonntag von sämtlichen Kanzeln der unierten evangelischen Kirche in Polen bekannt gegeben wurde. Er lautet:

Posen, im Februar 1924.

In dem Herrn geliebte Gemeinde!

Je näher die Passionszeit wieder rückt mit ihren ernsten Erinnerungen an das teure Leiden und Sterben unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi, um so mehr will es uns, die wir seinen Namen tragen, geziemen, mit unserem ganzen Wandel dieser heiligen Erinnerung Rechnung zu tragen. Es ist leider eine weithin verbreitete, auch in unseren Kreisen eingerissene Unsitte, diese Zeit um Fastnacht mit lärmenden Vergnügungen und Mummenschanz aller Art zu begehen, ja bis in die Passionszeit hinein rauschende Lustbarkeiten zu veranstalten. Wie reimt sich das mit der Richtung, die unsere Gedanken eben jetzt nehmen sollten? Dürfen wir vergessen, was die Schrift sagt: „Stellt Euch nicht dieser Welt gleich." „Alles, was in der Welt ist, nämlich des Fleisches Lust und der Augen Lust und hoffärtiges Wesen, ist nicht vom Vater, sondern von der Welt." „Lasset nicht von Euch gesagt werden, wie den Heiligen ansteht, Narrentheidinge und Scherze, welche Euch nicht ziemen." Auch nach einer anderen Seite ist die Zeit hierzu so ungeeignet als möglich. Unsere Alten und Armen frieren und hungern, dürfen wir da solchen unnützen Aufwand machen? Unsere Kirche und ihre Anstalten leiden Not, — sind irgendwelche Klagen über die hohen Leistungen, die sie von ihren Gliedern fordert, noch berechtigt, so lange Mittel zu solchen, zum mindesten höchst überflüssigen Ausgaben vorhanden sind? Nein, die Zeit ist zu ernst, die Aufgaben unserer Kirche zu groß, die wirtschaftliche Not von heute zu schwer, als daß wir sollten Freude haben an solchen Vergnügungen. Laßt uns mit der Tat bezeugen, daß wir uns größerer Aufgaben bewußt sind und unsere Ehre darein setzen, „nicht mit der Welt zu laufen in dasselbe wüste unordentliche Wesen," sondern vielmehr unserem Heiland nachzufolgen auf dem schmalen Wege der Selbstverleugnung und des Gehorsams gegen den Willen unseres himmlischen Vaters. „Denn es ist erschienen die heilsame Gnade Gottes allen Menschen und züchtigt uns, daß wir sollen verleugnen das ungöttliche Wesen und die weltlichen Lüste und züchtig gerecht und gottselig leben in dieser Welt und warten auf die selige Hoffnung und Erscheinung der Herrlichkeit des großen Gottes und unseres Heilandes Jesu Christi, der sich selbst für uns gegeben hat, auf daß er uns erlösete von aller Ungerechtigkeit und reinigete ihm selbst ein Volk zum Eigentum, das fleißig sei zu guten Werken."

„Er aber, der Gott des Friedens, heilige Euch durch und durch, und Euer Geist samt Seele und Leib müssen unsträflich bewahrt werden auf die Zukunft unseres Herrn Jesu Christi. Getreu ist der, der Euch ruft, er wirds auch tun. Amen."

Der Generalsuperintendent
der unierten evangelischen Kirche in Polen.
D. Blau.

Weitere Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

Die Posener Eisenbahndirektion bittet uns, mitzuteilen, daß wegen schwacher Benutzung und aus Sparsamkeitsrücksichten eine Reihe von Personenzügen mit dem 10. März ihren Verkehr bis auf Widerruf einstellen. Zugleich wird der Fahrplan einiger Züge geändert. Es fallen vom 10. März folgende Züge aus:

Auf der Strecke Zduny—Krotoschin die gemischten Züge Nr. 1252 (Krotoschin ab 3.40 früh, Zduny an 3.53 früh) und Nr. 1251 (Zduny ab 4.15 früh, Krotoschin an 4.28 früh); auf der Strecke Krotoschin—Jarotschin die Personenzüge Nr. 1221 (Krotoschin ab 4.35 früh, Jarotschin an 5.18 früh) und Nr. 1220 (Jarotschin ab 10.35 abends, Krotoschin an 11.11 abends); auf der Strecke Gnesen—Jarotschin die Personenzüge Nr. 1226 (Gnesen ab 10.20 vorm., Jarotschin an 12.14 mittags) und Nr. 1229 (Jarotschin ab 9.18 abends, Gnesen an 11 Uhr abends). Auf der Strecke Lissa—Rawitsch werden eingestellt die Personenzüge Nr. 731 A (Lissa ab 6.50 früh, Rawitsch an 7.32 früh) und Nr. 740 A (Rawitsch ab 10 Uhr abends, Lissa an 10.12 abends). Auf der Strecke Jarotschin—Schrimm—Czempin fällt Personenzug Nr. 3533 aus (Jarotschin ab 10.30 vorm., Schrimm an 11.53 vorm.); auf der Strecke Czempin—Schrimm fallen aus die gemischten Züge Nr. 3553 (Schrimm ab 8.45 vorm., Czempin an 10 Uhr vorm.) und Nr. 3554 A (Czempin ab 10.45 vorm., Schrimm an 12.[illegible] mittags); auf der Strecke Schrimm—Jarotschin wird der gemischte Zug Nr. 3556 eingestellt, der 8.30 abends von Schrimm abgeht und 11.5 in Jarotschin eintrifft. Auf der Strecke Grätz—Opalenitza fallen folgende Züge aus: gemischter Zug Nr. 3356 (Grätz ab 8.15 abends, Opalenitza an 8.53 abends) und Zug Nr. 3357 (Opalenitza ab 9.20, Grätz an 9.57 abends). Strecke Wollstein—Kopnitz: gemischter Zug Nr. 3255 (Wollstein ab 5.25 nachm., Kopnitz an 5.55 nachm.) und Nr. 3256 (Kopnitz ab 6.10 abends, Wollstein an 6.49 abends). Strecke Birnbaum—Bentschen: Personenzug Nr. 2131 (Birnbaum ab 8.30 früh, Bentschen an 10.15 vorm.) und Nr. 2134 (Bentschen ab 12 Uhr mittags, Birnbaum an 1.54 nachm.). Strecke Obornik—Wronke: Personenzug Nr. 3022 (Wronke ab 7.35 früh, Obornik an 8.48 früh) und Nr. 3023 (Obornik ab 3.35 nachm., Wronke an 4.49 nachm.). Zugleich wird auf der letzteren Strecke der Fahrplan des gemischten Zuges Nr. 3051 folgendermaßen geändert: Obornik ab 7.50 früh, Bablin an 8.15, ab 8.18, Kiszewo an 8.25, ab 8.29, Obersitzko an 9.6, ab 9.16, Wronke an 9.40. Auf der Strecke Inowrocław—Strelno—Mogilno werden eingestellt die Personenzüge Nr. 2425 (Inowrocław ab 9.30 abends, Mogilno an 11.21 abends) und Nr. 2426 (Mogilno ab 9.5, Inowrocław an 11.14). Zugleich wird zwecks besserer Verbindung der Fahrplan des Personenzuges Nr. 2454 folgendermaßen geändert: Mogilno ab 1.45 nachm., Strelno an 2.16, ab 2.22, Kruschwitz an 3.49, ab 3.55, Inowrocław an 4.35. Auf der Strecke Ostrowo—Suschen—Pawelau fallen aus: gemischter Zug Nr. 3755 (Ostrowo ab 5.55 nachm., Pawelau an 7.25) und Nr. 3756 (Pawelau ab 7.30 abends, Ostrowo an 9.19 abends). Zugleich werden die bisherigen Personenzüge Nr. 3743/44 in gemischte Züge mit Änderung der Nummern in 3753 bzw. 3754 umgewandelt und folgendermaßen verkehren: Zug Nr. 3753 Ostrowo ab 2.30 nachm., Adelnau an 2.57, ab 3.5, Suschen an 3.37, ab 3.38, Pawelau an 3.46; Zug Nr. 3754 Pawelau ab 3.50 nachm., Suschen an 3.58, ab 4.15, Adelnau an 4.52, ab 5.12, Ostrowo an 5.40. Auf der Strecke Hanulin—Kempen—Lenka werden bisherige Personenzüge in gemischte Züge umgewandelt bei gleichzeitiger Fahrplanänderung. Zug 141 erhält die Nummer 151, Zug 142 die Nummer 152, Zug 145 die Nummer 155, Zug 146 die Nummer 156 und Zug 148 die Nummer 158. Diese Züge werden verkehren: Zug 152 Hanulin ab 5.10 früh, Lenka an 5.40, Zug 156 Hanulin ab 12.52 mittags, Lenka an 1.19, Zug 158 Hanulin ab 7.25 abends Lenka an 7.55, Zug 151 Lenka ab 5.55 früh, Hanulin an 6.22, Zug 155 Lenka ab 1.30 mittags, Hanulin an 1.55.

✕ **Die nächste Stadtverordnetensitzung findet morgen, Mittwoch, zu gewohnter Stunde statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.:**

Einführung und Vereidigung des Dr. Szule als besoldetes Magistratsmitglied. Abbruch des Warschauer und des Kalischer Tores. Wahl von Armenräten und Verstärkung verschiedener Titel des Budgets der Armenverwaltung.

□ Duschnik, Kr. Samter, 3. März. Seines Amtes als Distriktskommissar enthoben wurde der bisherige Distriktskommissar Koch von hier, angeblich wegen verschiedener amtlicher Verfehlungen.

Handel und Wirtschaft.

Von den Banken.

△ **Bankausweis der P. K. K. P.** vom 20. Februar. (In 1000 Mkp.) **Aktiva:** Metallbestand 87 732 (+ 283), Auslandsvaluten 16 343 297 482 (— 2 772 290 218), Nostrorechnungen 159 036 010 568 (+ 44 412 437 445), Wechselportefeuille 24 424 350 665, in Goldfrank 9 479 708,19, Mkp. 17 237 846 438, zusammen 41 662 197 103 (— 1 043 740 242), Terminanleihen u. offene Kredite 78 756 476 988 (+ 13 341 162 593), Rembourskredite 2 272 789 819 (— 2 470 932 896), Schwebende Schuld des Staates 291 700 000 000 (unverändert). P. K. O. 6 987 777 (— 2 807 128), Wertpapiere 958 792 167 (— 265 812 055), andere Aktiven 42 350 281 6[illegible] (+ 307 515 202). **Passiva:** Reservefonds 22 445 829 582 (unverändert), Banknotenumlauf 437 331 700 029 (+ 49 962 750 453), Girorechnungen und sofort zahlbare Verpflichtungen: a) Staatskassen 26 765 729 692, b) P. K. O. 4 754 763 433, c) Privatrechnungen 65 292 183 108. Andere Rechnungen: a) 58 455 186 902, b) Rechnungen in Auslandsvaluten 9 846 969 924, zus.: 165 114 8[illegible]3 059 (+ 639 571 000). Durch die P. K. K. P. ausgestellte Tratten: 7 397 732 224 (— 212 167 286). Andere Passiven: 8 194 558 639 (+ 1 062 042 252). Gesamtsumme der Bilanz: 640 484 653 533. Diskontsätze 96 Proz. bei Lombard von Wertpapieren und Polenmark, 16 Proz. bei Lombard von Wertpapieren in Goldwert, 12 Proz. Wechseldiskont von Goldwechseln.

Handel.

♂ **Der freie Handel zwischen dem ehemals preußischen Gebiet** und den übrigen Teilen Polens ist Gegenstand einer Verordnung, die soeben im polnischen Ministerrat ausgearbeitet wurde und dem Sejm vorgelegt werden soll. Durch diese Verordnung würden die bisherigen provisorischen Bestimmungen über diese Materie ersetzt und ergänzt werden und damit der letzte Rest der noch bestehenden Schranken beseitigt sein. Die Ziehung einer Art Wirtschaftsgrenze zwischen Altpolen und den neuen Gebieten wurde damals damit begründet, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse auf beiden Seiten außerordentlich verschieden seien. Die neue Verordnung stützt sich u. a. darauf, daß seit einiger Zeit der Handel mit Getreide in ganz Polen freigegeben ist.

♂ **Die neuen polnischen Holzausfuhrabgaben** betragen laut einem auf der letzten Sitzung des Hauptamtes für Ein- und Ausfuhr gefaßten Beschluß für Bauholz, Telegraphenstangen, Papier- und Grubenholz 2 sh je Kubikmeter (bis jetzt mußten 75 Prozent des Ausfuhrgewinns bezahlt werden), von Laubholz 5 sh je Kubikmeter, von Espenholz 10 sh, von Nadelbauholz 2½ sh (bis jetzt betrug sie 40 Prozent des Ausfuhrgewinns). Zugleich wurde bestimmt, daß als Papierholz Espenholz bis 20 Zentimeter Stärke angesehen wird. Bei der Ausfuhr von Espenholz franko Danzig müssen alle für das ausgeführte Holz eingehenden fremden Valuten der polnischen Landesdarlehnskasse überwiesen werden. Vom Finanzminister wurde eine Verordnung herausgegeben, nach der die Zollabgabe für Espenbalken und Bretter, soweit die Ausfuhr besonders genehmigt wird, 75 Prozent des Ausfuhrgewinnes beträgt.

♂ **Die polnischen Manipulationsgebühren beim Holzexport betragen vom 23. Januar ab für unbearbeitetes Holz mit Ausnahme von Espenholz 0,4 Goldfranken je 10 Tonnen.**

Geldwesen.

≡ **Die erste Emission der neuen russischen Staatskassenscheine,** auf deren Einführung wir bereits neulich hingewiesen haben, wird sich laut Verfügung des Rates für Arbeit und Verteidigung auf 20 Millionen Goldrubel belaufen. Nach dem Dekret des Zentralexekutivausschusses, durch das die schon erwähnten näheren Bedingungen für die Herausgabe dieses neuen wertbeständigen Geldes festgesetzt sind, muß der Umfang der jeweiligen Emission durch eine besondere Verfügung des Rates für Arbeit und Verteidigung bestimmt werden und darf nicht über 50 Prozent des am 1. jeden Monats festgesetzten Umlaufs von Tscherwoniecnoten betragen, wobei von der Summe der neu herausgegebenen Tscherwoncy die Verpflichtungen des Finanzkommissariats gegenüber der Staatsbank in Abzug gebracht werden. — Eine Neuemission von Sowjetbanknoten der Emission 1923 in Stücken zu 25 000 Rubel ist vom Rat der Volkskommissare beschlossen worden, um auf diese Weise dem Bedürfnis der Handels- und Industriewelt an mittleren Geldsorten zu entsprechen.

Von den Märkten.

Auf dem polnischen Markt für Holzprodukte ist die Lage zwar nicht ganz einheitlich, im allgemeinen aber als abwartend zu bezeichnen. Die Kalkulation für Auslandsverkäufe wird zwar durch den neuen valorisierten Eisenbahntarif erleichtert, das Geschäft selbst hat aber durch diese Valorisierung gelitten. Die deutschen Käufer sind in den letzten Wochen mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Bei den englischen Käufern macht sich die Unkenntnis der polnischen Verhältnisse hindernd bemerkbar. Die Versorgung der chemischen Industrie leidet unter dem allgemeinen Kreditmangel. Die durchschnittlichen Notierungen für rohen 90proz. Holzsprit waren in letzter Zeit franko Verladestation je Tonne ohne Verpackung 42 Pfund Sterling, für Methylalkohol von 99—100 Proz. 75 Pfd. St., für Kalkoktan 15, für Holzkohle 40 Złoty, für Holzteer 6—8 (Złoty-)Groschen je Kg. Die Terpentinwerke „Terebenthen" notierten für 1000 Kg. loko Verladestation Hajnówka oder Białowież: Medizinal-, pures Terpentin 1. Gattung 162,8 Dollar, weißes, B 2. Gattung 154 Dollar, gelbes 3. Gattung 130 Dollar, Archangelsker Teer 30,4, Dachpappenteer 45, Kiefernexportkohle 8, gewöhnliche Kiefernkohle 6 Dollar.

Auf dem Warschauer Holzmarkt ist gegen Ende vorigen Monats insofern eine Desorientierung eingetreten, als die einen mit einer Ermäßigung, die anderen mit einer Erhöhung der Preise rechnen. Exportgeschäfte kommen augenblicklich wegen der unsicheren Lage auf dem Devisenmarkt nicht zustande.

Metalle. Berlin, 3. März. (Für 1 kg in Goldmark.) Raff. Kupfer 1.23—1.25, Orig. Hüttenweichblei 0.70—0.72, Hüttenrohzink 0.71—0.72, Remelted Plattenzink 0.61—0.62, Orig. Hüttenaluminium 2.10, Walz- und Drahtbarren 2.20, Zinn (Banka, Straits, Austral) 5.55—5.60, Hüttenzinn (mindest. 99 %) 5.40—5.45, Reinnickel 2.30—2.40, Antimon Regulus 0.90—0.93, Silber in Barren (900 fein) 95.50—96.50.

Edelmetalle. Warschau, 3. März. (Im freien Verkehr für 1 g fein in 1000 Mkp.) Gold 6200, Silber 205, Platin 32 500; 1 Goldrubel 4970—5000, 1 Silberrubel 3500—3300, Bilon 1450.

Produkten. Warschau, 3. März. (Transaktionen an der Börse) (In Klammern die Tonnenzahl, für 100 Kilo netto in Millionen Mkp.) Franko Verladestation: Kongr.-Roggen 116 f (80) 21—20, 117 f (15) 20.25, Posener Roggen garantiert (30) 22.5, Kongr.-Weizen (20) 39, Pos. Einheitshafer (15) 24, Kongr.-Einheitshafer (60) 23, Kongr.-Braugerste (15) 24, Kongr.-Gerste zu Mahlzwecken (30) 22.5—22. Franko Warschau: Pos. Einheitshafer (40) 26.5—26.25. Roggenmehl 70proz. (30) 37.5, 50proz. (15) 50. Tendenz schwankend, Angebot zureichend, Umsätze mittel.

Lemberg, 3. März. Die Börsenbewegung und die Transaktionen nach der Börse schwach. Gesamtumsätze 50 Tonnen, Angebot ausreichend, bei schwacher Nachfrage. Tendenz nachgebend, vollkommene Befriedigung. Notierungen in Millionen Mkp.:

Einheimischer Weizen 3[illegible]—34, Kleinpolnischer Roggen 19.3—20.5, Kleinpolnische Braugerste 20.5—21.5, zu Mahlzwecken 17.5—18.5, Kleinpolnischer Hafer 19.5—20.5, Mais 29—30. Die Preise sind mit Ausnahme von Roggen und Mais Schätzungspreise.

Chicago, 1. März. (Cts. pro bsh.) Weizen (Mai) 111.25, (Juli) 111.12, Mais (Mai) 81.62, (Juli) 82, Hafer (Mai) 48.75, (Juli) 46.75, Roggen (Mai) 71.37, (Juli) 73.12.

Hamburg, 1. März. (In Goldmark.) Weizen 160—169, Roggen 140—144, Hafer 118—128, Wintergerste 116—118, Sommergerste 172—174, Mais 183—185.

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Bankaktien:	4. März	3. März
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	650	650
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	1000-1050-1025	1000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	2 600—2 550	2 350—2 550
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	775	775
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	250	250
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	500	—,—
„Agrad" Złącz. Cegieln. Augustowo-Gradowiec I.-III. Em. (exkl. Zukfsz.)	—,—	200
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	900	900
H. Cegielski I.—IX. Em.	275—270	250—255
Centrala Rolników I.—VII. Em.	—,—	95—93
Centrala Skór I.—V. Em.	—,—	800
Fabr. Mebli i Obróbki Drzewa Swarzędz I.—II. Em.	80	—,—
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	—,—	17 000—17 500
Galwana I.—III.	—,—	190
Goplana I.—III. Em.	430	430
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	—,—	225
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	1 300	1 300
Homosan I.—V. Em.	70—65	60
Hurtownia Związkowa I.—V. Em.	40	—,—
Hurtownia Skór I.—III. Em.	120	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	1 700—1 675	1 750—1 675
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	190	—,—
Iskra I.—III. Em. exkl. Kup.	700	725
Juta I—II. Em.	—,—	190
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	22 000	22 000
Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie	130	130
Dr. Roman May I.—IV. Em.	9 450—9 500	9 300
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	390	400
Młynotwórnia I.—V. Em.	375	375
Płótno I.—III. Em.	195—200	200—195
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	190—200	180
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	520—510	540—530
Pneumatik I.—IV. Em.	50—47.5	40
Tri I.—III. Em.	1 550—1 600	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	2 700—2 800	2 700—2 800
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	4 400—4 600	4 300
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III. Em. exkl. Kup.	280	280
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	120—100	120—110
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	500	510—500

Tendenz: behauptet.

Verkehr.

Eine Preisermäßigung der polnischen Gütertarife ist dadurch eingetreten, daß der Eisenbahnfrank von 1,9 Millionen auf 1,8 Millionen herabgesetzt wurde. Vom 1. März ab tritt die Tarifermäßigung für Holz- und Kohlenfrachten, auf die wir bereits hingewiesen haben, in Kraft. In interessierten Kreisen erwartet man von dieser Maßnahme eine allgemeine Preissenkung insbesondere für Exportholz. (Es handelt sich um die Uebertragung von Holz aus der Tarifklasse 7 nach Klasse 8.)

Börse.

≠ **Warschauer Börse** vom 3. März. Die heutige Devisenbörse ist schwach. Besonders die belgischen und französischen Franken, Mailand, Prag und London. Die Staatsanleihen werden wie folgt gehandelt: Goldanleihe 15, Prämienanleihe (Miljonówka) 0.78, Dollaranleihe 5.5, Złotybons Serie II A 1.4. Am Effektenmarkt ist die Haltung fest. Der Kurszettel nennt folgende Zahlen für **Bankwerte:** Diskontowy 39.25, Handlowy 37.5, Kredytowy 1.5, Handlowy Posen 8, Zachodny 10.5, Związku Spółek Zarobk. 27.75; **Industriewerte:** Sole Potasowe 33, Kijewski 2.25, Puls 1.59, Spieß 4.125, Brown Bovery 3.7, Chodorów 23.5, Michałow 3.025, Tow. Fabr. Cukru 19.7, Polska Nafta 2, Nobel 5.8, Warsz. Tow. Kop. Węgla 30, Rau 3.15, Fitzner u. Gamper 29, Cegielski 2.775, Modrzejów 63.75, Norblin 3.7, Ortwein 2, Starachowice 16.6, Unja 27, Ursus 5, Zieleniewski 47, Zawiercie 0.2325, Żyrardów 1570, Polski Lloyd 0.425, Ćmielów 7.85, Haberbusch 27, Spiritus 10.

≠ **Warschauer Börse vom 3. März.** (Markt der nichtnotierten Werte.) Chybie 60 000, Kujawy 120 000, Zbiersk 5000, Zduny 190 000, Lublin 1 500 000, Pruszków 900, Elektr. na Sanie 800, Gazy 100 000, Jaworzno 130 000, Kauczuk 675—800, Lechita 600, Lokomotywy 3100, Nitrat 1150—1200, Opatówek 1400, Przem. Węglowy 140—150, Granat 925.

≠ **Die poln. Mark am 3. März. Danzig:** 0.633—0.637 (Parität: 1 509 000). Auszahlg. Warschau 0.613—0.617 (Parität: 1 630 000). **Zürich:** Ausz. Warschau 0.6 (Parität: 1 667 500). **Bukarest:** 0.0022 (Parität: 45 480). **Tschernowitz:** 0.0021 (Parität: 47 600). **Prag:** Ausz. Warschau 3.425—4.225 (Parität: 296 000). **London:** Ausz. Warschau 0.000002565 (Parität: 39 Millionen).

≠ **Posener Börse vom 3. März.** (Markt der nichtnotierten Werte.) Inoffizielle Werte sind unverändert. Nobel I—V 5500, gesucht Aquawit, Bank Cukrownictwa, Huta Miedzy, angeboten Kabel 2000—1500, Miljonówka 950.

≠ **Gold- und Silbermünzen bei der P. K. K. P. unverändert.**

≠ **Berliner Börse vom 3. März.** (In Billionen Mark.) Amsterdam 156.61, Brüssel 15.36, Christiania 56.11, Kopenhagen 66.37, Stockholm 109.72, Helsingfors 10.57, Mailand 18.15, London 18.055, Neuyork 4.19, Paris 17.66, Schweiz 72.82, Spanien 52.67, Japan 1.895, Wien 0.628, Prag 12.21, Südslawien 5.68, Budapest 7.48, Bulgarien 3.39, Danzig 72.21.

≠ **Züricher Börse vom 3. März.** (Mittagskurse.) Warschau 0.62, Berlin 1.28, Neuyork 5.775, London 24.84, Paris 24.20, Brüssel 21.20, Amsterdam 215.50, Helsingfors 14.50, Christiania 77, Kopenhagen 91.25, Stockholm 151, Mailand 24.85, Wien 0.008175, Budapest 0.012, Prag 16.70, Sofia 4.30, Bukarest 3.05, Belgrad 7.25.

≠ **Wiener Börse vom 3. März.** (Markt der polnischen Werte in 1000 Kr.) Mrażnica 168—172, Tepege 85—87, Montany 190, Zieleniewski 350, Apollo 900, Karpaty 460, Fanto 3330, Galicja 3980, Schodnica 1120, Lumen 61.5, Bank Hipoteczny 22.3, Kolej Półn. 16.200, Nafta 530, Bank Małopolski 20.5, Browary Lwowskie 248.

Warschauer Vorbörse vom 4. März.

Dollar 9 200 000—9 230 000. Engl. Pfund 39 450 000. Schweizer Franken 1 590 000. Französischer Franken 385 000.

Warschauer Börse vom 3. März.

Devisen:

Belgien	340 650	Prag	271 100—264 500
London	40 250 000—39 975 000	Schweiz	1 620 000—1 610 000
Neuyork	9 350 000—9 300 000	Wien	132.00—131.00
Holland	3 470 000	Italien	403 000—400 500
Goldfrank	1 798 000	Złotybons IIa	1 350 000—1 400 000
Paris	393 750—391 600		

Aus Stadt und Land.

Posen, den 4. März.

Das Ende der Faschingszeit.

Fastnachtsdienstag haben wir heut, und in der kommenden Mitternacht geht die sog. Karnevalszeit, die an den „Heiligen drei Königen“ (6. Januar) ihren Anfang nahm, zu Ende, und der morgige Aschermittwoch bezeichnet den Beginn der Fastenzeit vor Ostern, die 40 Tage dauert und erst am Ostersonnabend um 5 oder 6 Uhr nachmittags ihr Ende finden. Karneval wird nach einigen Forschern von carne vale, d. h. Abschied vom Fleisch abgeleitet. In der Karnevals- oder Faschingszeit pflegt man sich seit vielen Jahrhunderten für die kommende Fastenzeit, die Periode der Entbehrungen, durch allerlei Genüsse, gegenwärtig durch die Veranstaltung von Maskenbällen, Kostümfesten usw., sowie durch Privatveranstaltungen in der Familie im voraus schadlos zu halten. Das ist in diesem Jahre auch wieder, wenn man nach den Scharen urteilen darf, die in teilweis stark vorgerückter Stimmung ihre heimischen Penaten zu einer Zeit aufsuchten, in der die meisten anderen von „des Dienstes ewig gleichgestellter Uhr“ wieder an die pflichtmäßige Arbeit gerufen wurden. Mit dieser tollen Ausgelassenheit ists also für dieses Jahr zu Ende. Gott sei Dank mögen so und so viele der daran Teilnehmenden denken, bei der sie in der letzten Woche (fast wörtlich zu nehmen) von einem Vergnügen ins andere taumelten und kaum noch so viel Zeit fanden, um die Ausgelassenheit durch einige Stunden erquickenden Schlafes zu unterbrechen. Dafür tritt heut nun die völlige Ruhe und das Sichfernhalten von jeder Art Vergnügens, deren Veranstaltung ja auch, nebenbei bemerkt, von der katholischen Kirche streng verboten ist. Strenggläubige Katholiken, die sich soeben noch allerlei kulinarischen Genüssen mit bewundernswerter Ausdauer hingegeben hatten, enthalten sich in der morgen einsetzenden Fastenzeit jeglichen Fleisch- und Fettgenusses. Untersagt sind, wie bereits erwähnt, alle öffentlichen und Privatfestlichkeiten; aus diesem Grunde finden auch in den kommenden 40 Tagen keine Hochzeiten statt. Nur ein Tag macht in der Beziehung eine Ausnahme: der 19. März, der St. Josefstag, an ihm sind, wenigstens im hiesigen Landesteile, Hochzeitsfeiern, wie auch andere öffentliche und Privatlustbarkeiten gestattet, und von dieser Freiheit pflegt dann auch gewöhnlich ein recht ergiebiger Gebrauch gemacht zu werden. Im Hintergrunde der großen Fastenzeit winkt bei uns die Święconka des ersten Osterfeiertages, mit ihren lukullischen Genüssen mannigfachster Art als Entschädigung für die langen Entbehrungen.

hb.

Superintendent i. R. Otto Müller †. Der in weiten Kreisen des ehemals preußischen Teilgebietes bekannte Superintendent i. R. Otto Müller, früher in Meseritz, ist in Wernigerode am Harz am 11. d. Mts. im Alter von 80 Jahren nach schwerem Leiden gestorben. Der Heimgegangene war ein Kind unseres Landes, geboren am 5. November 1843 in Birnbaum, besuchte das Gymnasium in Züllichau und die Universität in Halle. 1870 durch Generalsuperintendent D. Krantz für das geistliche Amt ordiniert, war er zunächst vorübergehend Hilfsprediger in Rackwitz und Pfarrverweser in Groß-Mirkowitz und dann seit 1872 Diakonus in Meseritz, wo er 1881 zum Oberpfarrer und 1889 zum Superintendenten ernannt wurde. Besonders verdient gemacht hat sich der Heimgegangene durch seine langjährige Tätigkeit als Mitglied des Provinzialsynodalvorstandes, bis er im Jahre 1916 in den wohlverdienten Ruhestand trat. Ein Sohn des Verstorbenen, der zunächst gleichfalls in den Dienst der hiesigen evangelischen Kirche trat, steht im Missionsdienst in China, wo er in Schanghai das evangelische Waisenhaus leitet. Weite kirchliche Kreise gedenken des heimgegangenen Superintendenten Müller in Dankbarkeit.

Todesfall. In Baden-Baden starb am 15. d. Mts., einen Tag vor seinem 73. Geburtstage der Geheime Medizinalrat Dr. Heinrich Kaster. Im Jahre 1894 wurde er Kreisarzt in Bromberg, nachdem er vorher die gleiche Stellung in Wongrowitz bekleidet hatte. Einige Jahre später wurde er zum Regierungs- und Medizinalrat in Bromberg ernannt. Im Jahre 1921 ließ er sich pensionieren und zog nach Baden-Baden. Im vorigen Jahre feierte er sein 50jähriges Doktorjubiläum.

Das tschechoslowakische Konsulat in Posen bittet uns, mitzuteilen: Die aus Polen zur Prager Messe (16. bis 23. März) reisenden Personen brauchen kein tschechisches Visum und können auf Grund von Messelegitimationen die Grenze überschreiten und sich vom 9. März bis zum 30. März in der Tschechoslowakei aufhalten. Die Messelegitimationen werden vom tschechoslowakischen Konsulat in Posen ausgestellt. Der Besitz eines polnischen Auslandspasses ist jedoch unumgänglich notwendig.

Spende. Der Kaufmann Jan Luczak, in Firma Luczak u. Komp., hat für die im Geheimen notleidende Intelligenz 300 Millionen gespendet.

Endlich Tauwetter. Der Himmel scheint ein Einsehen zu haben und endlich eine Wetteränderung eintreten lassen zu wollen. Während am Sonntag das Thermometer noch 5 Grad unter Null zeigte, stand es gestern und heute früh auf Null. Gestern im Laufe des Tages stieg das Thermometer sogar bis auf 8 Grad Wärme, und es taute und tropfte von allen Dächern und auf allen Wegen. Vergangene Nacht sank das Thermometer allerdings wieder einige Grade unter dem Gefrierpunkt, denn heute morgen waren sämtliche Wasserpfützen wieder mit einer dicken Eisschicht überzogen. Heute im Laufe des Tages taut es lustig weiter, und die durch die lange Winterszeit stark deprimierte Menschheit atmet erleichtert auf, selbst wenn sie unter den Unbilden des Tauwetters einstweilen noch stark zu leiden hat.

Zur Feier des heutigen Tages (Fastnacht) hatte die ulica Strzelecka (fr. Schützenstraße) zu Ehren der „illuminiert“ Heimkehrenden ebenfalls illuminiert, denn um 6 Uhr früh brannten noch die Straßenlaternen.

X **Wer ist der Eigentümer?** Heut nacht gegen 11 Uhr wurde von einem Wächter im Torweg des Hauses ul. 27. Grudnia 20 (fr. Berliner Str.) ein herrenloser Lederkoffer mit verschiedenen Herrenkleidungsstücken aufgefunden. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei melden.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Glasgeschäft Małe Garbary 7 (fr. Kleine Gerberstr.) 90 Stück Spiegel 27 X 43 Zentimeter und ein größeres Stück Glas; aus einer Wohnung ul. Mostowa 39 (fr. Posadowskystr.) zwei Herrenüberzieher; aus einem Geschäft in der ul. Kramarska 21 (fr. Krämerstr.) nach dem Einschlagen der Schaufensterscheibe 30 Damen- und 40 Mädchenhemden, 32 Unterröcke, 18 gehäkelte Kinderunterröcke, 4 Pfund Wolle, 6 verschiedenfarbige Golfs, zwei Stücke weiße Leinwand, zwei Stücke weißen Batist, zwei wollene Blusen, zwei Paar Unterbeinkleider, 8 bis 10 Dutzend Strümpfe verschiedener Farbe im Gesamtwerte von 2¼ Milliarden; aus einem Geschäft in der ul. Półwiejska 35 (fr. Halbdorfstr.) zwei verschiedene Herrenhalbschuhe und ein Paar Hausschuhe im Werte von 40 Millionen; aus der ul. Franciszka Ratajczaka 11 a (fr. Ritterstr.) 4 Herrenanzüge im Werte von 400 Millionen; vom evangelischen Christuskirchhofe in Gurtschin 5 große messingene Wasserhähne für 125 Millionen; aus einem Korridor in der ul. Kilińskiego 13 (fr. Bülowstr.) ein Herren- und ein Damenmantel für 400 Millionen; aus der ul. Strzałowa 6 (fr. Schießstr.) eine weiße Bettdecke für 50 Millionen; je ein Handwagen im Werte von je 50 Millionen Rybaki 5 (fr. Fischerei) und Wielkie Garbary 15 (fr. Gr. Gerberstr.).

X **Polizeilich festgenommen wurden gestern:** 3 gesuchte Personen, 13 Betrunkene, 1 Bettler, 6 Diebe, 10 Dirnen, eine Person wegen unerlaubten Spiritushandels, 1 Person wegen Umhertreibens und eine wegen unerlaubter Grenzüberschreitung.

---

* **Bromberg, 3. März.** Um 30 Milliarden geschädigt wurden zwei hiesige Firmen durch einen Danziger, der sich Karl Kayser nannte. Er hatte es verstanden, größere Lieferungen verschiedener Landesprodukte zu erlangen, ohne Zahlung zu leisten.

* **Inowrocław, 3. März.** Hier hat sich beim Kohlenstehlen wieder ein tödlicher Unfall zugetragen. Gestern gegen 5 Uhr morgens wurde der 18jährige Flinik beim Kohlenstehlen von einem Eisenbahnzuge überfahren. Der Verunglückte wollte vom fahrenden Zuge abspringen, nachdem er eine Menge Kohlen vom Wagen heruntergeworfen hatte, und geriet dabei unter die Räder, die ihm den Kopf buchstäblich vom Leibe trennten, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.